

Sozial differenzierte Räume: Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung

Dangschat, Jens S.; Hamedinger, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dangschat, J. S., & Hamedinger, A. (2007). Sozial differenzierte Räume: Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung. In J. S. Dangschat, & A. Hamedinger (Hrsg.), *Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen* (S. 206-239). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-318901>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger

**Sozial differenzierte Räume –
Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung**

S. 206 bis 239

Aus:

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger (Hrsg.)

**Lebensstile, soziale Lagen und
Siedlungsstrukturen**

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 230

Hannover 2007

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger¹

Sozial differenzierte Räume – Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung

Gliederung

- 1 Vorbemerkungen
- 2 Worüber Sozialwissenschaftler/innen häufig verkürzt und daher unzureichend berichten – die aktuellen Entwicklungstendenzen in den (Stadt-)Gesellschaften
- 3 Was Ungleichheits- und Stadtforscher/innen zu wenig wissen – aktuelle Strukturen sozialer Ungleichheit
- 4 Was Stadtforscher/innen kaum wahrnehmen – Beschreibung der relevanten Ausdifferenzierung städtischer Gesellschaften in ihren Mustern der Verräumlichung durch amtliche Statistiken
- 5 Zwischen „objektiven“ Behältern und subjektiven Konstruktionen sozialräumlicher Qualität
- 6 Worüber gestritten wird – die Bewertung der Segregations- und Konzentrationsmuster der Stadtgesellschaften
- 7 Was gesteuert werden sollte – die Frage der funktionalen und sozialen Mischung
- 8 Die „neuen Kreativen“ – Renaissance der (Innen-)Städte?
- 9 Was wir häufig überschätzen – die Integrationslust und das Integrationsvermögen der Stadtbevölkerung
- 10 Die Hebel I: Belegungspolitik und kleinräumige funktionale Mischung
- 11 Die Hebel II: Die Gestaltung des (öffentlichen) Raumes und öffentlicher Einrichtungen
- 12 Die Hebel III: Die Partizipation
- 13 Die Hebel IV: Die Einbeziehung der Verantwortung der lokal gebundenen Ökonomie
- 14 Zusammenfassung

Literatur

1 Vorbemerkungen

Nach einer längeren Phase zunehmender finanzieller Absicherung unterer Einkommensgruppen sowie gesellschaftlicher Integration in den Nachkriegsjahrzehnten differenzieren sich moderne Gesellschaften seit den 1970er- resp. 1980er-Jahren verstärkt wieder nach sozioökonomischen und soziokulturellen Kategorien aus. Diese in der Fachwelt weitgehend geteilte Einschätzung bedeutet aber auch, dass die zunehmend auftretenden Polarisierungen der Einkommen und Heterogenisierungen der sozialen Milieus zu neuen räumlichen Segregations- und Konzentrationsmustern der Wohnbevölkerung führen werden. Insbesondere in Großstadttagglomerationen kommt es bereits gegenwärtig ver-

¹ Wir danken insbesondere Dieter Läßle und Annette Spellerberg für ihre Kommentare und Korrekturvorschläge zu diesem Beitrag.

stärkt zur Herausbildung von Armuts- und Wohlstandsquartieren und zu Szene-Quartieren, die durch neue Dienstleistungsberufe, „neue Lebensstile“ und veränderte Zeitmuster gekennzeichnet sind.

Zwei Einschränkungen hat der Arbeitskreis „Soziale Lagen, Lebensstile und Siedlungsstrukturen“ daher gleich zu Beginn vorgenommen: Erstens eine Begrenzung auf eher große Großstädte und zweitens aufgrund der Betrachtung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der einen und lebensstilspezifischer Raumnutzung auf der anderen Seite eine selektive Auswahl von Ungleichheits-Kategorien. Beide Kategorien spannen das Spektrum sozialer Ungleichheit auf: In der Vertikalen die sozioökonomische Polarisierung (Armut und Wohlstand) und in der Horizontalen die soziokulturelle Ausdifferenzierung (soziale Milieus, Lebensstile).

Armut und soziale Ausgrenzung sind Bestandteil einer sozioökonomischen Polarisierung,² welche gegenwärtig in umfangreichem Ausmaß die lokale, kommunale und regionale Planung beeinflusst. Die „neuen Lebensstile“ – in der Wissenschaft auch als „kreative Milieus“, „creative classes“ oder „creative industries“ bezeichnet – sind Ergebnis zunehmender soziokultureller Heterogenisierung und gelten vor allem als Hoffnungsträger von ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit, touristischer Attraktivität und zunehmend auch als Kitt einer noch zusammenzufügenden lokal gebundenen Zivilgesellschaft.

Während das Armuts- und Ausgrenzungsthema breit diskutiert wird (vgl. Häußermann 1997; Kronauer 1997, 2002; Siebel 1997a; Dangschat 1999a; Friedrichs, Blasius 2000; Walther 2002; Greiffenhagen; Neller 2004; Hanesch, Krüger-Conrad 2004; Walther, Mensch 2004; Aehnelt et al. 2004), liegen zu den „Kreativen“ und deren ökonomischen und sozialintegrativen Potenzialen noch wenig systematische Erkenntnisse vor (Ausnahmen sind die Arbeiten des französischen GREMI-Instituts, vgl. Camagni 1995, 2003, die Arbeiten von Landry 2000; Pratt 2002 und Lange 2005, der Reader von Bryson et al. 2000 sowie die Reflektionen über das Integrationspotenzial der Kreativität bei der Steuerung der Schrumpfungprozesse vor allem in Ostdeutschland – vgl. Keim 2003; Liebmann, Robischon 2003a; Matthiessen 2004).

Aufgabe der an der Veröffentlichung beteiligten Arbeitsgruppe war es, die Auswirkung dieser beiden Tendenzen der gegenwärtigen Ausdifferenzierung von (Stadt-)Gesellschaften auf die Siedlungsstrukturen genauer zu analysieren:

1. Die wieder zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheiten (in Kategorien des Einkommens und Vermögens, aber auch der Sicherheit des Arbeitsplatzes, des Geschlechts und des ethnischen Status), die sich im siedlungsräumlichen Kontext von Städten auf der einen Seite als deutlicher hervortretende Armutsquartiere zeigen. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Wohlstandsgebiete zu, die sich zudem immer deutlicher von dem Rest der Stadt abschotten. Zusätzlich erhöhen sich die Abstände der Einkommen

² Zentrale treibende Kräfte sind hierbei die ökonomische Umstrukturierung, die veränderte Regulation der Arbeitsverhältnisse und Absicherung sozialer Risiken, deren Ursachen und Steuerung weitgehend außerhalb der Kommunen und Regionen liegen, sich dennoch in ihren problematischen Erscheinungsformen in spezifischen (peripheren) Regionen resp. Stadtquartieren zeigen (vgl. Dangschat 1995, 1999a; Häußermann 2000; Kronauer 2002 – siehe auch die Beiträge von Kronauer, Geiling sowie Läßle, Walter in diesem Band).

und Vermögen zwischen den Gebieten. Dies zeigt sich nicht nur in den ökonomisch „schwächeren“ Regionen, sondern tritt auch in den wenigen prosperierenden Großstädten/Stadtregionen (München, Hamburg, Düsseldorf, Rhein-Main und Leipzig) auf. Die Befürchtung besteht (seit der Deutsche Städtetag den Begriff „Sozialer Brennpunkt“ im Jahr 1987 verwendete), dass die Menschen in den von finanzieller Knappheit, von Sozialhilfebezug, aber auch von hohen Ausländeranteilen geprägten Quartieren durch das Leben in diesen – oftmals „überforderten Nachbarschaften“ – zusätzlich benachteiligt werden, woraus sich Sozialisationsdefizite und Integrationsprobleme ergeben können (vgl. Alisch, Dangschat 1998).

2. Ein deutlich geringerer Teil der Beiträge widmet sich der Frage der soziokulturellen Ausdifferenzierung, die in der Soziologie mit Konzepten der sozialen Milieus, der Lebensweisen und Lebensstile gefasst werden (vgl. Hradil 1990, 1992; Klocke 1993; Konietzka 1995; Richter 1994; Helbrecht 1997; Schneider, Spellerberg 1999; Rink 2002; siehe auch die Beiträge von Dangschat und Geiling in diesem Band). Sozialwissenschaftliche Studien und vor allem die Markt- und politische Meinungsforschung betonen sehr stark, dass die alten Kategorien sozialer Ungleichheit (also Klasse, Schicht, aber auch Geschlecht und Alter) an Bedeutung dafür verlieren, die Wertemuster, Einstellungen zu Einzelaspekten und insbesondere das Verhalten in ihrer (zunehmenden) gesellschaftlichen Ausdifferenzierung zu beschreiben, zu kategorisieren, zu erklären oder gar zu prognostizieren.

Neben einer angemessenen Wahl der Kategorien, Theorien und empirischen Überprüfungsmöglichkeiten der bestehenden Differenzierung innerhalb von Stadtgesellschaften bestand die Herausforderung für die Arbeitsgruppe im zweiten Schritt darin, diese Überlagerungen traditioneller und neuer Formen gesellschaftlicher Ausdifferenzierung in ihrer Übertragung auf Siedlungs- und Raumnutzungsmuster zu erfassen (üblicherweise in Kategorien der Konzentration und Segregation). Die Analyse dieser neuen Muster führt zwangsläufig zur Frage der Bewertung dieser neuen Muster – diese ist in stadtsoziologischen Kreisen in den letzten Jahren in Bewegung geraten – und daher auch zu der Frage, wie diese im Sinne der Unterstützung erwünschter und der Vermeidung unerwünschter Formen der Konzentration planerisch, politisch oder zivilgesellschaftlich beeinflusst werden können.

Daher war das Erkenntnisinteresse des Arbeitskreises „Soziale Lagen, Lebensstile und Siedlungsstrukturen“ vor allem darauf gerichtet,

- a) wie die Gesellschaft in ihren Ungleichheitsstrukturen und -prozessen zu (er)fassen ist: Sollte man von einer Rückkehr resp. einem Wieder-sichtbar-Werden der Klassenstrukturen (siehe den Beitrag von Kronauer in diesem Band) oder von einer Entstrukturierung und Entbettung jenseits von Klasse und Schicht, d. h. von einer individualisierten Gesellschaft ausgehen? Bilden sich bereits neue Formen der sozialen Schließung heraus – womöglich auch aufgrund der veränderten Segregationsmuster? (Siehe den Beitrag von Dangschat in diesem Band);
- b) ob diese Muster mehrdimensionaler sozialer Ungleichheit durch „Spiegelungen“ unmittelbar in den Raum übertragen werden oder ob durch die Verräumlichung ver-

stärkende und/oder kompensierende Faktoren für die Ungleichheit zu berücksichtigen sind (siehe den Beitrag von Geiling in diesem Band): Wie überlagern sich traditionelle und „neue“ Dimensionen sozialer Ungleichheit im Raum zu möglicherweise neuen Mustern? (Siehe die Beiträge von Eder, Schneider-Sliwa und Spellerberg in diesem Band.) Gibt es möglicherweise neue Formen residenzieller Segregation aufgrund der Überlagerungen?

- c) von welchem Verständnis von Raum ausgegangen wird: Sind Quartiere durch Menschen als Merkmalsträger oder Unternehmen nach Branchenzugehörigkeit „angefüllt“, die aufgrund der Strukturen und Dynamiken „Problemlagen“ oder „Dynamik“ signalisieren (wie es die nationalen und EU-Förderrichtlinien nahelegen) oder sind Quartiere eher Ausdruck hochkomplexer Prozesshaftigkeit in einem gesellschaftlichen Raum, wobei die sozialen Akteur/innen in einem sozialräumlichen ‚framing‘ agieren? (Siehe die Beiträge von Geiling, Häußermann, Holzinger und Läßle, Walter in diesem Band.)

Für die Stadt- und Regionalplanung entsteht daraus die Frage, für wen und in welchem Ausmaß sozialräumliche Ungleichheit ein (zusätzliches) Problem oder ein Entwicklungspotenzial darstellt und wie im Rahmen kommunaler oder regionaler Kapazitäten einzelne Formen dieser Ungleichheit abgemildert oder verhindert resp. unterstützt werden können oder sollten.

Die Umsetzung des Erkenntnisinteresses führt jedoch zu (neuen) *Problemlagen*, was vor allem an zwei noch unzureichend gelösten Aspekten liegt: Erstens liegen die notwendigen Informationen zur angemessenen Bestimmung sozialer Ungleichheit weder in den amtlichen Statistiken vor, noch lassen sich differenzierte Ungleichheitsforschungen bislang auf kleinräumige Einheiten beziehen. Zweitens ist die Einordnung von Segregationen momentan sowohl theoretisch und methodisch als auch in ihrer Interpretation sehr umstritten: Welche Art, Intensität und Dauer ist für welche soziale Gruppe sinnvoll, nötig oder akzeptabel? (Siehe die Beiträge von Kronauer und Geiling in diesem Band.)

Dies führt dazu, dass die Möglichkeit zur Steuerung der sozial-räumlichen (Durch-)Mischung als strukturelle Zusammensetzung resp. als sozialer Prozess der Integration meist eine veritable „Fahrt im dicken Nebel“ ist – auch wenn sie immer wieder mehr oder weniger bewusst durchgeführt wird:

- Die Versuche seitens der Politik und der Planungseinheiten, das Problem sozialräumlicher Ungleichheiten mittels Belegungs-, Verdrängungs-, Abriss- und Neubauprogrammen oder anderen Attrahierungspolitiken im Sinne eines ‚social mix‘ zu lösen, sind zwar noch nicht aufgegeben worden – wohl aber (meist) die Hoffnung auf deren alleinige Wirksamkeit.
- Bei der Schwerpunktsetzung auf die Strategien des Umgangs mit den bestehenden Konstellationen (anstelle deren „Auflösung“) geht man von zwei idealtypischen Ansätzen aus – einer eher input-orientierten institutionellen Lösung (siehe den Beitrag von Geiling in diesem Band) oder einer outcome-orientierten kommunikativen Lösung (siehe den Beitrag von Häußermann in diesem Band).

Die „Nebel zu lichten“ – und damit eine effektivere Vorgehensweise in der kommunalen und regionalen Steuerung zu erreichen – ist eng damit verbunden, dass

- a) von einem veränderten Verständnis von Raum ausgegangen wird, bei dem soziale Prozesse im Zusammenhang mit den Prozessen der Raumeignung (und Identifikation) und der Raumgestaltung gesehen werden (siehe den Beitrag von Holzinger in diesem Band);
- b) eine Erweiterung der Methoden durch (qualitative) Formen der Sozialraumanalyse vorgenommen wird und diese Ergebnisse im Sinne einer Triangulation und Mehrebenenanalyse auf die vorhandenen (quantitativen) Daten bezogen werden (vgl. Riege, Schubert 2002; Krummacher et al. 2003),
- c) eine erweiterte/veränderte Rolle von Planung und Wissenschaft im Sinn eines action-research'-Ansatzes eingenommen wird, wodurch ein gegenseitiges Verstehen verschiedener „Welten“ erleichtert wird (vgl. Reason, Bradbury 2001; Astleithner, Hamedinger 2003) und
- d) die Zielsetzung weg von Output-Kenngrößen struktureller Veränderungen hin zu einer Outcome-Orientierung entwickelt wird, bei der ein kollektives, an den gesellschaftlichen Raum gebundenes soziales Kapital in Form zivilgesellschaftlicher ‚thickness‘³ entwickelt werden kann (vgl. Schur 2003).

Entsprechend dieser Strukturierung werden in diesem Kapitel nun die Erkenntnisse quer zu den Beiträgen zusammengestellt, bisweilen etwas zugespitzt (Pkt. 1–8) und in ihrer Planungsrelevanz eingeordnet (Pkt. 9–12).

2 Worüber Sozialwissenschaftler/innen häufig verkürzt und daher unzureichend berichten – die aktuellen Entwicklungstendenzen in den (Stadt-)Gesellschaften

Die Gesellschaften Westeuropas verändern sich seit den 1990er-Jahren mit höherer Intensität als noch in den 1970er- und 1980er-Jahren. Die Ursachen hierfür liegen in den der Globalisierung zugeschriebenen Prozessen und Werthaltungen, wobei insbesondere die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bestimmend sind (Arbeitsorganisation in Raum- und Zeitverflüssigung, Flexibilisierung der arbeitsvertraglichen Regelungen, Veränderung von der Dominanz der (industriellen) Güterproduktion hin zu personalintensiven Dienstleistungen, aber auch Inszenierungen und Konstruktionen des Realen in Kunst, Kultur, Werbung und Architektur („creative industries“)). Mit diesen Veränderungen geht eine Ausdifferenzierung der Werte einher, was sowohl politisch-administrative Steuerungen (und damit auch die Stadt- und Regionalplanung), als auch die Alltagswelt der Gesellschaft betrifft. Schließlich werden Kategorien des Umweltschutzes sowie große demografische Trends bedeutsam (Überalterung, Zuwanderung und Integration). Diese Prozesse beschreiben

³ Hiermit soll explizit auf den Begriff der ‚institutional thickness‘ Bezug genommen werden, der von Amin, Thrift (1995) eingeführt wurde, um die Synergieeffekte eines abgestimmten und aufeinander bezogenen institutionellen Handelns im Zuge neuer Management-Modelle als Zielgröße „lernender Regionen“ oder innovativer Institutionen zu bestimmen.

einen Wandel hin zur „wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft“ und haben neben der gesellschaftlichen Dynamik aufgrund ihrer selektiven Verräumlichungen eine besondere Bedeutung für die Professionen, die sich mit der Gestaltung des Raumes resp. deren Rahmenbedingungen beschäftigen.

Pongs (1999a, 1999b) hat eine Übersicht darüber herausgegeben, welche Ansätze zur Beschreibung der (Veränderungen in den) Gegenwartsgesellschaft(en) aktuell diskutiert werden. Jeder dieser Ansätze „reduziert“ jedoch den gegenwärtigen intensiven, komplexen und interdependenten Wandel auf einen „Kernbegriff“ (Dienstleistungs-, Wissens-, Informations-, Erlebnis- oder multikulturelle Gesellschaft, resp. postindustrielle, postmoderne oder postfordistische Gesellschaft etc.). Nur selten wird der Versuch gemacht, die parallel analysierten Prozesse aufeinander zu beziehen, um darüber einem komplexeren Verständnis des sozialen Wandels näher zu kommen.

Eine für die Analyse der sozialen Ungleichheit zentrale These gesellschaftlicher Modernisierungstheorien ist die einer (erneuten⁴) gesellschaftlichen Entstrukturierung: „Jenseits von Klasse und Stand“ habe sich aufgrund der zeitlichen Flexibilisierungen und räumlichen Entankerungen eine „Weltrisiko-Gesellschaft“ etabliert (vgl. Beck 1986), die befreit sei von den Zwängen der Klassenlage resp. der Bindung an Schichtzugehörigkeiten, von familiären Bindungen und normprägenden Großorganisationen wie Kirche und Staat, aber dazu gezwungen sei, für den eigenen Lebensweg selbst verantwortlich zu sein und sich die Existenz materiell und normativ „zusammenbasteln“ zu müssen (vgl. Beck 1985). Am Ende der Dominanz von Industriearbeit und sozialpolitischen Regelungen sowie einer zunehmenden Bedeutung des „Rohstoffes Wissen“ ergeben sich Entstrukturierungen und Entbettungen, was für Beck auch bedeutet, dass die alten Strukturen sozialer Ungleichheit (für alle!) obsolet geworden seien, dass die Menschen sich in eine „Weltrisikogesellschaft“ katapultiert sähen (vgl. zum „disembedding“ auch Giddens 1996).

Auf der anderen Seite stehen vor allem Autoren wie Geißler (1994), der nach wie vor am Schichtungsmodell von Geiger festhält (und dazu empirische Belege liefert), oder auch Dangschat (1989), der die zunehmende Bedeutungen von gesellschaftlichen Spaltungen und Entkoppelungen im Sinne (moderner) Klassengegensätze (am Arbeits- und Wohnungsmarkt) betont (vgl. auch Häußermann, Siebel 1987; Dangschat, Dietrich 1999).

Einige Sozialwissenschaftler/innen, die „das Neue“ betonen, beschreiben sicherlich richtige Trends, aber sie überbewerten sie, indem sie behaupten, dass „das Neue“ eine allgemeine gesellschaftliche Verbreitung gefunden habe. Publikationen, die das Neue (über)betonen, erfüllen zwar die Logik der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“; Aufgabe der Wissenschaft sollte es jedoch sein, die Ausbreitungsgrade und die Übergangswahrscheinlichkeiten sozialer Gruppierungen in ihrer Mobilität im mehrdimensionalen „Sozialen Raum“ einer Gesellschaft zu erfassen (und zu interpretieren).

Ebenfalls „das Neue“ wird von den Verfechtern der Milieu- und Lebensstil-Ansätze verfolgt – offensichtlich jedoch „empirisch gehärteter“, denn auf diesem Hintergrund

⁴ Schon im Übergang in das 20. Jahrhundert hatte der Soziologe Georg Simmel die Gesellschaft als eine eingeordnet, die sich von den „rostigen Ketten“ der normativen Vorgaben durch die Kirche und ständische Organisation befreit habe und in eine kapitalistische Form einer Industriegesellschaft hinüberwechsle.

haben sich Ansätze der Marktforschung und der Erforschung der politischen Präferenzen durchgesetzt (vgl. SINUS Sociovision 2003). Diese Ansätze arbeiten in Umfragen mit einem größeren Set an Fragen nach Einstellungen und Verhaltensweisen. Dadurch entsteht ein multidimensionaler Raum, der mittels der Anwendung entsprechender methodischer Verfahren auf handhabbare Größen (Faktoren oder Cluster) reduziert wird. Aufgrund der Anwendung solcher multivariaten Verfahren entsteht jedoch ein anders gelagertes Problem, denn sie sind von der Art und der Zahl der berücksichtigten Merkmale und den Verteilungen in den jeweiligen Stichproben abhängig (vgl. Blasius 1994). Damit kommt jede Analyse zu einem eigenen Ergebnis bezüglich der Zahl der Faktoren resp. Cluster, deren Namen und Inhalten, was für eine Anwendung in der Praxis eher verwirrend ist. Die Wissenschaft in Deutschland bedient sich zunehmend eines empirischen Modells, das in der Marktforschung, in der Konsumforschung und für Wahlprognosen entwickelt wurde. In dieses Modell gehen sowohl die alte Schichtungs-Skala (Vertikale) als auch eine gesellschaftliche Innovationsskala (Horizontale) ein.⁵

Die Gesellschaftsdiagnosen und Deutungsangebote an die Gesellschaft, insbesondere an die planerische und politische Praxis, sind dann irreleitend (und eigentlich verantwortungslos), wenn sie die bestehenden Vorurteilsstrukturen aus Ängsten und Hoffnungen bedienen, die aber ohnehin schon sehr „wirkmächtig“ sind. Es ist also eine allgemeine Vorsicht geboten, in dieser Situation mehrfacher dynamischer Umbrüche die Interpretationen aus der Sozialwissenschaft anzunehmen, denn sie bergen zu sehr die Gefahr, „gefiltert“ dargestellt zu sein – was beispielsweise von Schönwandt (2000; 2002: 54–57) als eine der Denkfallen des Planungsprozesses beschrieben wird.

Dieser Vorbehalt gilt selbstverständlich auch für die in diesem Band zum Ausdruck kommenden Deutungsangebote gesellschaftlicher Entwicklung – was das Argument wachsender gesellschaftlicher Gegensätze nicht verharmlosen soll.

3 Was Ungleichheits- und Stadtforscher/innen zu wenig wissen – aktuelle Strukturen sozialer Ungleichheit

Die sozialwissenschaftliche Ungleichheitsdebatte liefert gegenwärtig ein wenig einheitliches Bild, d. h. die Erkenntnisse und Schwerpunkte der Analyse sozialer Ungleichheiten sind sehr unterschiedlich und stark vom „Hintergrund“ der Autor/innen abhängig. Das ist einerseits der „unübersichtlichen“ Situation der Gesellschaft(en) selbst geschuldet, wirkt sich aber auch auf die aufklärende Rolle der Sozialwissenschaften negativ aus. Die berechtigte Kritik an der traditionellen Konzentration auf das Schichtungsmodell hat im ersten Schritt zur Proklamation einer Myriade „neuer sozialer Ungleichheiten“ geführt, in die allenfalls randlich und plakativ planungsrelevante Unterscheidungen wie Region oder Wohnbedingungen aufgenommen (vgl. Hradil 1987) und worin Orte/Territorien als differenzierendes Merkmal nur selten erwähnt wurden (vgl. im Gegensatz dazu Dangschat 1996; Friedrich 1999).

⁵ Mittlerweile hat hierbei eine institutionelle Ausgründung stattgefunden: Dieser Zweig des Sinus-Instituts heißt nun Sinus-Sociovision und die Postmaterialismus-Skala, die als kulturelle Skala der y-Achse bis zum Jahr 2002 diente, wurde durch eine „Innovationsskala“ ersetzt, was durch die Betonung der „Bastel-Existenzen“ wiederum zu neuen Milieuclustern und -bezeichnungen geführt hat (vgl. Sinus Sociovision 2003).

Mit der breiten Akzeptanz der These der Entstrukturierung und Individualisierung wurde das Schwergewicht der akademischen Ungleichheitsforschung in Deutschland auf die Konzepte der sozialen Milieus und Lebensstile gelenkt (vgl. Hradil 1990, 1992; Konietzka 1995; Berger, Vester 1998). In diesem Diskurs wird von einer „Pluralisierung“ von Lebensstilen ausgegangen, welche gegenüber einer „verfestigten Gesellschaft“ eine Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten und eine Ausdifferenzierung von Lebensentwürfen bedeutet. Die zunehmende Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Individuen drückt sich in distinktiven Lebensstilen aus, für welche die Wohnortwahl sowie die Ausstattung und Ausgestaltung der Wohnung zu zentralen Elementen der Inszenierung werden (vgl. Bourdieu 1991; Noller 1999).

Mit diesem Ansatz können zwar generelle Zusammenhänge zwischen der Wohnstandortwahl und der Zuordnung nach Makromilieus hergestellt werden, doch bleiben die Informationen aufgrund des Mangels an kleinräumigen Daten vorläufig bezüglich der Mikrostandorte noch vage (vgl. Schneider, Spellerberg 1999; Spellerberg 2004⁶). Noch ist nicht geklärt, ob zur Wahl eines Wohnstandortes eher das Einkommen und Vermögen, das Alter und die Position im Lebenszyklus, die berufliche Position oder die Bildung oder eben bestimmte Wertekonstellationen als Basis von Milieus ausschlaggebend sind. Eine weitere offene Frage ist: wenn das Set an Variablen, welches den Wohnstandort bestimmt, umfangreicher wird, entstehen daraus eher homogene Wohnquartiere oder heterogene in bestimmten Merkmalskombinationen, die sich einerseits als hoch integrativ, andererseits aber als Orte von „Parallelgesellschaften“ darstellen?

Wir standen im Arbeitskreis der Individualisierungsthese, d.h. der Vorstellung, dass Gesellschaften hochgradig bis völlig entstrukturiert seien (vgl. Beck 1985), eher skeptisch gegenüber, da Arbeitslosigkeit und Prekarisierung von Arbeitsmarktsegmenten die sozioökonomischen Ungleichheiten wieder vertiefen und da askriptive Kategorien der Ungleichheit (wie beispielsweise Geschlecht und ethnischer Hintergrund, aber auch die Herkunft) für die Verteilung der sozialen Ungleichheit offensichtlich wieder wichtiger werden. Im Arbeitskreis gingen wir eher von einem Modell der Überlagerung der Wirksamkeit verschiedener Ungleichheits-Modelle aus (siehe den Beitrag von Dangschat in diesem Band): Klassenunterschiede scheinen noch immer resp. wieder stärker im Arbeits- und Wohnungsmarkt zu gelten, die zudem zunehmend seltener durch wohlfahrtsstaatliche Praktiken ausgeglichen werden. Diese sozioökonomisch geprägten Muster werden insbesondere von der Mitte des gesellschaftlichen Aufbaus an aufwärts durch kulturelle Distinktionsmuster überlagert, die auf unterschiedlichen Wertemustern aufbauen. Will man sich nicht auf eine genaue Kombination materieller und kultureller Ungleichheiten resp. eine theoretisch-normative Etikettierung festlegen, spricht man in den Sozialwissenschaften von sozialen Lagen (vgl. Hradil 1987, 1990).

⁶ Auch der Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung (vhw) versucht, einen praxisnahen Ansatz zu entwickeln, indem das auf räumlich hoch aggregierten Daten basierende SINUS-Modell (Makro-Milieus) mit weiteren, der Marktforschung zur Verfügung stehenden Daten verknüpft und über eine kleinräumig differenzierte Betrachtung auf die Mikro-Ebene „heruntergezont“ wird. Hierzu ist der vhw Kooperationen mit Berlin, Essen, Hannover, Köln und München sowie der Arbeitsgemeinschaft Brandenburger Städte (ARGE-REZ) eingegangen (vgl. Rohland, Hallenberg 2004).

Dabei stehen die Kategorien in einem einflussreichen, aber keineswegs determinierenden Verhältnis: Klassen, Schichten und soziale Lagen bestimmen die Wertvorstellungen (bei Bourdieu: Habitus), welche wiederum den Rahmen für Handlungsmuster setzen. Die Handlungen können dann im Sinne eines Lebensstils über Symbolisierungen wieder auf die soziale Lage zurückwirken, wobei auch temporäre und „zusammengebastelte Identitäten“ denkbar sind. Bourdieu kombiniert diese Ebenen im Rahmen seines Struktur-Habitus-Praxis-Konzepts in ähnlicher Weise und auch der Hannoveraner Ansatz folgt einem ähnlichen Muster (vgl. Vester et al. 2001; siehe auch den Beitrag von Geiling in diesem Band). Dieser Ansatz legt im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Ungleichheitssoziologie nahe, stärkere Verbindungen zwischen der strukturellen Ebene, den institutionellen Regelungen und lokal gebundenen Mentalitäten herzustellen. Diese Sichtweise schien uns für die Einordnung sozial-räumlicher Differenzierungen, aber auch für sozial-räumlich wirksame Interventionen als Maßstab sinnvoll.

Wir gehen innerhalb der Arbeitsgruppe also nicht von einem Entweder-oder-Ansatz aus, sondern versuchen, die unterschiedlichen Facetten sozialer Ungleichheit (für die es jeweils theoretische und/oder empirische Analysen gibt) zu überlagern.

- So sind die (Reste der?) ständischen Gesellschaften (für Berufsgruppen der Ärzt/innen, Jurist/innen, Architekt/innen, Professor/innen etc.) und auch gesellschaftliche Rollenzuweisungen entlang der Unterschiede zwischen Geschlechtern, Rassen und Ethnien – weil an Personen fest gebunden – häufig noch entlang von „Geburts-Ständen“ interpretierbar.
- Die Schichtungstheorie sollte für die nach wie vor bestehende vertikale Strukturierung komplexerer sozialer Lagen mit Auf- und Abstiegsmöglichkeiten beibehalten und „modernisiert“ werden,
- wobei dennoch bezogen auf Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie die Zugehörigkeit zu Regionen von Spaltungen gesprochen werden kann, die Klassenlagen entsprechen.
- Betrachtet man politische Lager, Wertegruppen und unterschiedliche Lebensentwürfe grundsätzlicher Prägung, sollte man auf den Milieu-Ansatz zurückgreifen, der – in der Interpretation als Mikro-Milieus – unmittelbare Kontakte von Menschen untereinander voraussetzt, was wiederum in wesentlichen Teilen aufgrund des (zumindest vorübergehenden) gemeinsamen Teilens von Lebens- und Alltagsräumen auftritt (also unmittelbar siedlungsrelevant ist).
- Schließlich kann der Handlungsaspekt (von der Wohnstandortwahl bis zur aktionsräumlichen Bewegung) in seiner gesellschaftlichen Differenziertheit mit einem in diese strukturellen Überlegungen eingeordneten Lebensstil-Ansatz erfasst werden.

Eine solche Überlagerung wird in der aktuellen Ungleichheitsforschung nicht diskutiert, auch sind uns keine nennenswerten Ansätze der Kombination mehrerer Ungleichheiten bekannt (eine Ausnahme bildet der Ansatz der Hannoveraner Forschungsgruppe, siehe den Beitrag von Geiling in diesem Band). Die empirische Klärung der Überlagerungen und Zusammenhänge der erwähnten Aspekte sozialer Ungleichheit sind die Voraussetzung dafür, die Thesen Becks der Entstrukturierung und Auflösung zu bestätigen oder aber die „neuen“ Zusammenhänge besser verstehen und benennen zu können.

Es geht hierbei jedoch nicht (nur) um elfenbeinturm-relevantes Grundlagenwissen, sondern auch um eine Verminderung des praxisrelevanten Forschungsbedarfs, denn die Kenntnisse über die Zusammenhänge der o. a. Prozesse und Strukturen, die beispielsweise für die (Freiheitsgrade und Zielsetzungen der) Wahl der Wohnstandorte, das Aufsuchen von Einrichtungen und das Mobilitätsverhalten relevant sind, sind offensichtlich noch sehr gering.

4 Was Stadtforscher/innen kaum wahrnehmen – Beschreibung der relevanten Ausdifferenzierung städtischer Gesellschaften in ihren Mustern der Verräumlichung durch amtliche Statistiken

In der Humangeografie, Stadt- und Regionalsoziologie wird ebenso wenig wie in der Raumplanung die aktuelle (deutschsprachige) Diskussion der (neuen) sozialen Ungleichheiten angemessen wahrgenommen. Das ist einerseits Folge der Arbeitsteilung in den Wissenschaften, andererseits aber auch dem dominanten methodischen und theoretischen Zugang in der Stadt- und Regionalplanung geschuldet, lediglich mit flächendeckend vorhandenen Daten arbeiten zu wollen. Innerhalb der klassischen Segregations- und Konzentrationsstudien, wie sie auch der Stadt- und Regionalplanung zugrunde liegen, wird zudem mit isolierten Einzelindikatoren gesellschaftlicher Differenzierung gearbeitet – ebenfalls vor allem deshalb, weil die amtliche Statistik nichts anderes liefert.

Das Wissen über die allgemeine Komplexität des (stadt-)gesellschaftlichen Wandels ist also kaum abgesichert und daher ist der an die Praxis vermittelbare Wissensvorrat begrenzt. Dies gilt umso mehr für die Raummuster der Siedlungsweise und der Nutzung städtischer Räume von sozialen Gruppen. War schon immer die statistische Information über die Stadtgesellschaft eine der schlechtesten (beispielsweise gegenüber Strukturen und Prozessen der biologischen Umwelt oder gar der Wirtschaft), so verliert sie weiter an Steuerungsrelevanz in dem Maße, in dem die soziodemografischen Merkmale – die im Wesentlichen die Statistik zur Wohnbevölkerung ausmachen – an Erklärungskraft für gesellschaftliche Unterschiede (Strukturen, Wertemuster, Verhaltensweisen) verlieren. Mit soziodemografischen Merkmalen können zwar reale gesellschaftliche Formationen beschrieben werden, aber sie sind nur bedingt relevant dafür, die aktuellen gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen angemessen zu beschreiben.

Wir haben diesem Problem zwei Aufsätze gewidmet: Im ersten wird von Eder, Schneider-Sliwa versucht, die in den amtlichen Statistiken vorliegenden Informationen im Sinne „modernerer“ und „traditionellerer Milieus“ zu interpretieren; im zweiten Beitrag versucht Spellerberg, Erkenntnisse der Makro-Milieu-Forschung auf nationaler Ebene auf die der Städte zu disaggregieren. Beide Beispiele zeigen neben den von den Wissenschaftlerinnen herausgearbeiteten Fortschritten auch die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten auf.

Die sozialwissenschaftlichen Großuntersuchungen ALLBUS setzen die Ungleichheitskonzepte leider nicht zeitgleich ein und das Sozioökonomische Panel (SOEP) lässt erst neuerdings die Möglichkeit zu, Daten kleinräumig zu disaggregieren. Ziel dieser Ansätze ist es, die planerische Praxis zu überzeugen, weitergehend in ein umfangreicheres Datenrepertoire

vor allem auf Gemeindeebene zu investieren. Der vhw (Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung) bemüht sich in Kooperation mit Sinos Sociovision bereits um eine kleinräumige Erfassung wohnungsbezogener Informationen – beide sollten allerdings eine größere Nähe zu grundlagenforschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern suchen. Ob es hierbei eine Interventions- und Mediationsmöglichkeit für die ARL, das difu oder andere „Schnittstellen“-Institutionen gibt, sollte näher betrachtet werden.

Dass amtliche Statistiken wenig über die Gesellschaft aussagen, ist in Fachkreisen bekannt – dennoch werden daraus keine Konsequenzen gezogen. Weder können Sozialwissenschaftler/innen in geeigneter Weise ihre Theorien entwickeln und empirisch testen, noch besitzen (Stadt-)Verwaltungen die Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Prozesse angemessen zu steuern⁷ – sie verharren im Nebel der Vermutungen. Wäre ein vergleichbar großes Defizit an Nichtwissen in anderen Wissenschaftsbereichen und Politikfeldern im Bewusstsein der Fachleute – der Protest der Wissenschaft, die Forderungen der Unternehmen und die politischen Aufträge sähen anders aus. Ausgerechnet für die Gesellschaft in ihren Ungleichheitskategorien gilt das nicht, obwohl dies im Bedeutungsspektrum allen Tuns der öffentlichen Hände obenan stehen sollte.

Es muss also die Frage erlaubt sein, warum bei der Überschreitung einer Menge Feinstaub oder der Lärmbelastung eine ganze Apparatur gesetzlicher Verordnungen, Investitionen in Anlagen und technologischer Innovationen greift, während eine Polarisierung der Gesellschaft (beispielsweise durch Schwellenwerte einer nicht zu überschreitenden Arbeitslosigkeitsquote, der Drop-Out-Quote des Bildungssystems oder der Konzentration sozial benachteiligter Gruppen in Wohnquartieren) schulterzuckend oder „mit Besorgnis“ oder „mit Bedauern“ zur Kenntnis genommen werden, ohne dass die Ursachen hierfür bekämpft werden. Eine solche „Schwellenwert-Debatte“ hätte vor allem eine symbolische und diskursive Bedeutung – sie wäre theoretisch ähnlich schwach gehärtet wie Grenzwerte nach dBA, Milligramm Feinstaub und die Zahl der Pkw pro Stunde.

5 Zwischen „objektiven“ Behältern und subjektiven Konstruktionen sozialräumlicher Qualität

Zudem wurde auch im Arbeitskreis darauf hingewiesen, dass der Kategorie „Raum“ in der Ungleichheitssoziologie bisher zu wenig Bedeutung beigemessen wurde. Für die Erklärung von sozialer Ungleichheit sollte neben der Ressourcenverteilung auch der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen im Stadtraum berücksichtigt werden, denn daran entscheidet sich häufig, welche Möglichkeiten zur Integration in das System der Erwerbsarbeit, der Daseinsvorsorge und/oder in lokale Formen der Vergemeinschaftung vorhanden sind. Neben der Nutzbarkeit des städtischen Raumes im Sinne der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von Infrastruktur und im Rahmen der Nahversorgung ist die Möglichkeit der Einflussnahme auf den Ort als Identifikationsraum relevant (siehe den Beitrag von Holzinger in diesem Band).

⁷ Dies setzt allerdings voraus, dass es diesen Anspruch innerhalb der Planung (noch) gibt, denn Misserfolge in der Vergangenheit, die unzureichende Datenlage und der allenfalls eingeschränkte Einfluss auf die Ursachen der Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen haben diesen Anspruch stark relativiert.

Ob man in der räumlichen Konzentration sozialer Benachteiligung oder von kreativen Netzwerken ein Problem oder eine Chance sieht, ist zudem davon abhängig, wie deterministisch die ortsspezifischen Zusammenhänge angesehen werden. In der klassischen Stadt- und Regionalsoziologie werden – ebenso wie in der Stadtplanung – die Strukturmerkmale eines Gebietes in ein mathematisch-statistisches Verhältnis gesetzt und daraus die Wahrscheinlichkeit einer sozialräumlichen Problematik abgeleitet. Dies ist zugleich mit der Vorstellung über den Raum verbunden, der einem Container gleicht. Wählt man hingegen den Ansatz eines gesellschaftlichen Raumes (vgl. Hamm 1984; Läßle 1992; Eracius, Löw 1997, 2001; Matthiesen 2003), dann stehen in der Betrachtung jeweils die sozialen Bezüge zwischen den sozialen Gruppen im Vordergrund. Nicht die Wahrscheinlichkeit bestimmter Inter-Gruppen-Relationen in einer Vielzahl von Gebieten als raum- und zeitunabhängiges soziales Quasi-Gesetz ist relevant für raumbezogene Handlungen, sondern welche Motivationsstrukturen vor Ort bestehen, welche Inter-Gruppenbeziehungen aufgebaut wurden und wie günstig oder ungünstig die Konstellationen sind.

Während in der deutschen Stadt- und Regionalsoziologie spätestens seit den 1990er-Jahren wieder intensiver über das Verhältnis von „Raum“ und „Gesellschaft“ diskutiert wurde, wurde in der Stadt- und Regionalplanung diese raumtheoretische Debatte weitgehend ignoriert. Das liegt einerseits an einem unterschiedlichen Erkenntnisinteresse und daher unterschiedlichen Fragestellungen sowie andererseits an einer unterschiedlichen Nähe zu steuerungspolitischen Akteuren. Auch innerhalb der Stadt- und Regionalsoziologie kann nicht von der Dominanz eines einzigen raumtheoretischen Paradigmas ausgegangen werden, allerdings wurde mit den „relationalen“ Raumansätzen und mit der Vorstellung der orts- und zeitabhängigen sozialen Produktion und Reproduktion von gesellschaftlichem Raum ein inzwischen von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geteilter Konsens in der Debatte gefunden. Dabei wird vielfach davon ausgegangen, dass der gesellschaftliche Raum soziale Verhältnisse strukturiert und umgekehrt der gesellschaftliche Raum den Rahmen für soziale Prozesse setzt: Anstatt daraus eine Ursachen-Wirkungs-Beziehung zu entwickeln, die ohnehin im Henne-Ei-Dilemma endet, sollte viel mehr die Dualität von (gebautem) Raum und Gesellschaft überwunden werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Dualität von Materie als Objektivität und Sozialem als Subjektivität zu hinterfragen. Dabei geht es jedoch nicht um die Ersetzung eines bestimmten Raumverständnisses durch ein anderes, sondern um die Ergänzung und Erweiterung einer Raumperspektive, die immer noch – gerade in der „professionellen“ Teil-Welt der Stadt- und Regionalplaner/innen – durch die Behälter-Raum-Vorstellung dominiert wird. Es geht also nicht um entweder eine „objektive“ Behälter-Position oder eine „subjektive“ Konstruktions-Position, sondern um ein Sowohl-als-auch, dessen Artikulation von Fall zu Fall unterschiedlich ist.

Eine Erweiterung des raumtheoretischen Ansatzes ist zudem notwendig, da sich mit einem zumeist statischen „Behälter-Raum-Konzept“ dynamische Prozesse der Verflüssigung von Raumnutzungsstrukturen (Stichwort: Medien, insbesondere Internet) sowie Prozesse der Verflechtung und Überlagerung von Räumen unterschiedlicher Reichweiten und sie aufspannende Antriebskräfte (Stichwort: Globalisierung) nur schwer erfassen lassen. Der prozessorientierte Ansatz der sozialen Konstruktion von Räumen bietet dafür

umfangreichere Möglichkeiten. Schließlich wird aus den empirischen Arbeiten der letzten Jahre innerhalb der Stadt- und Regionalsoziologie deutlich: place matters. Orte sind nicht unabhängig von ihren Inhalten zu betrachten; physisch-materielle Räume und soziale Prozesse sind miteinander verflochten; der Grad des Einflusses von Orten/Territorien auf soziales Verhalten und umgekehrt ist immer in soziale Prozesse eingebettet und von gesellschaftlichen Strukturmerkmalen der Akteure und Akteurinnen abhängig, d.h. vor allem von Kategorien sozialer Ungleichheit.

Damit wirken Orte/Territorien mit ihren Qualitäten (politisch, soziostrukturell, ökonomisch, physisch, symbolisch, netzwerkartig, interaktiv, etc.) auf die Ungleichheitsstrukturen, was sich wiederum etwa auf die Integrations- resp. Konfliktbereitschaft innerhalb eines Stadtteils auswirken kann. Orte/Territorien können in diesem Zusammenhang zu einer umkämpften Identitäts-Ressource werden, wenn individuelle Ängste und Desintegrationserfahrungen groß sind (vgl. Bourdieu 1991). Nach Anhut, Heitmeyer (2000b) bekommt der öffentliche Raum in benachteiligten Quartieren eine stärker identitäts-stabilisierende Funktion von denjenigen sozialen Gruppen zugeschrieben, die eine ungenügende funktional-individuelle Systemintegration (bürgerliche Rechte, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungs-, Gesundheitssystem und soziale Sicherung) erfahren haben – aber auch hierbei variieren soziale Gruppen und die Qualität öffentlicher Einrichtungen (siehe den Beitrag von Kronauer in diesem Band). Der Stadtteil ist daher mit seinen Qualitäten eine potenzielle Ressource und ein Erfahrungsraum, der durch Außen- und Binnenwahrnehmungen in starkem Maße mitbestimmt wird (vgl. Madanipour 2005).

6 Worüber gestritten wird – die Bewertung der Segregations- und Konzentrationsmuster der Stadtgesellschaften

Eines der zentralen Themen der Stadtforschung und der Raumplanung ist die ungleiche Verteilung sozialer Gruppen in Stadtregionen. Auch wenn die Forschenden weniger eindeutig als die Raumplaner/innen und Kommunalpolitiker/innen das Entstehen räumlicher Konzentrationen von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verhindern und vorhandene zu bekämpfen trachteten, sahen die Fachleute in diesen sozial-räumlichen Konzentration überwiegend Negatives. Häußermann, Siebel (1990) haben zwischen „freiwilliger“ und „unfreiwilliger“ Segregation unterschieden, d.h. ob die strukturbedingten Beharrungstendenzen im Wohnquartier eher „erzwungen“ oder „freiwillig gewählt“ werden.⁸ Neben der Tatsache, dass die Eindeutigkeit von „(Un-)Freiwilligkeit“ sich kaum bewusst gemacht oder sinnvoll gemessen werden kann, würde unter die Kategorie des „Freiwilligen“ auch das Verlassen der Mittelschichten aus den gemischten Quartieren und der Rückzug in die mehr oder weniger offen gestalteten ‚gated communities‘ zu rechnen sein – spätestens hier wird der funktionale Zusammenhang zwischen „Unfreiwilligkeit“ und „Freiwilligkeit“ deutlich.

Die Konzentrationen der verschiedenen sozialen Gruppen stehen also in einem funktionalen Zusammenhang: a) als Ergebnis der Produktion sozialer Ungleichheiten über

⁸ Eine ähnlich gemeinte Unterscheidung nahm Heitmeyer (1998) durch sein Gegensatzpaar von „strukturell“ (negativ) und „prozessbedingt“ (positiv) vor.

den Arbeitsmarkt und die nachlassende wohlfahrtsstaatliche Regulation und b) vor allem durch die Filtering-Prozesse aufgrund der sozial selektiven Fortzüge aus den ehemals sozial gemischten Wohngebieten, d.h. die „Freiwilligkeit“ der Wohnstandortwahl der Fortziehenden trägt zur Zunahme sozial-räumlicher Ausdifferenzierung bei, die sich für die unteren Schichten als „Falle“ herausstellen kann.

Die Spanne der Einschätzung der sozial-räumlichen Konzentration der nach Einkommens-, Schichtungs- und ethnischen Kategorien Benachteiligten seitens der wissenschaftlichen Fachleute reicht

- von Segregation als direktem Ausdruck gesellschaftlicher Segmentation/Desintegration (Friedrichs 1985: 80)
- über die Warnung vor Parallelgesellschaften (Heitmeyer 1998)
- bis zur Einschätzung, dass solche Politik- und Planungsstrategien, die Segregationen verhindern, letztlich einem eigen-ethnischen Interesse an Ausgrenzung dienen (Häußermann 1998) (vgl. zur Debatte Dangschat 2004).

Die meisten Politiker/innen und die Vertreter/innen der einschlägigen Fachverwaltungen der EU-Nationalstaaten und der Kommunen sind jedoch der Meinung, dass das Problem der Armut vor allem ihre hohe räumliche Konzentration sei – vor diesem Hintergrund ist eine De-Segregierungspolitik nachvollziehbar, wie sie vermutlich am intensivsten in den Niederlanden und Großbritannien betrieben wird. Wissenschaftliche Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass Antworten auf die Frage, ob es negative Nachbarschaftseffekte gäbe, vor allem davon abhängen, was die entsprechenden Wissenschaftler/innen darunter verstehen – zumindest sind die strukturellen Nachbarschaftseffekte eher schwach.

Die empirische Forschung zur Wirksamkeit von territorialen settings auf Integrationsprozesse kommt daher zu unterschiedlichen Ergebnissen. Farwick (2001) macht beispielsweise deutlich, dass die Frage, ob Armutsquartiere – als Orte des sozialen Lernens – als problematisch oder konfliktreich erfahren werden und welchen Einfluss die räumliche Konzentration von armen und sozial ausgegrenzten Menschen auf die Möglichkeit zur Integration in die „Mehrheitsgesellschaft“ habe, weniger von der numerischen Konzentration der als sozial problematisch erachteten sozialen Gruppen abhängig ist, sondern vor allem von der Einbindung in Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsmöglichkeiten, die der Stadtteil anbietet. Auch Anhut, Heitmeyer (2000b) kommen zu dem Schluss, dass der relative Ausländeranteil selbst kaum einen Einfluss auf die Integration habe; bedeutsam ist jedoch, wenn eine der Zuwanderungsgruppe ähnlich groß ist wie oder größer als die der Autochthonen. Bedeutsamer als Anteile von Ethnien oder Nationalitäten sei hingegen das politische und soziale Klima vor Ort, das vor allem durch die Art der Inter-Gruppen-Beziehungen bestimmt wird resp. diese erst ermöglicht (vgl. Anhut, Heitmeyer 2000a). Also: Nicht das Potenzial zu sozialen Kontakten durch die räumliche Nähe ist relevant, sondern ob die sozialen Kontakte tatsächlich genutzt werden, die vielfältigen Integrationsbemühungen auch zu unterstützen.

Wie bedeutsam Inter-Gruppen-Beziehungen sind, wird in den Ansätzen zur „Sozialen Stadt“ deutlich. Denn hier wird sowohl seitens der Wissenschaft darauf hingewiesen, wie wichtig kontextuelle, ortsgebundene Ressourcen für die individuelle Bewältigung von

Armutssituationen und sozialer Ausgrenzung sind, als auch seitens der (lokalen) öffentlichen Verwaltung versucht, ressortübergreifend die Mittel und Instrumente einzusetzen, zu koordinieren und zu optimieren. Dass es bei der „horizontalen“ und „vertikalen“ Politikverflechtung noch massive Probleme gibt, wird seit Jahren bei Evaluationen und Benchmarking-Verfahren festgestellt (vgl. Parkinson 1998; Aehnelt u.a. 2004; Breiffuss u.a. 2004).

Atkinson, Kintrea (2004) spitzen die Negativ-Alternativen für sozial Benachteiligte zu: In den Armutsgebieten lebend, fehlen ihnen häufig privatwirtschaftlich oder öffentlich bereitgestellte Infrastrukturen, die zudem häufig unterdimensioniert, in schlechtem Zustand und/oder personell überfordert sind; aber sie sind meist in lokale, funktionierende Netzwerke eingebunden, welche den Zugang zu informeller Beschäftigung, zu sozialen Kontakten, zu preiswerten Produkten, zu billigen Unterkunftsmöglichkeiten etc. möglich machen, also als soziales Kapital auch ökonomisch wirksam gemacht werden können („coping“) (siehe auch den Beitrag von Kronauer in diesem Band).

Leben die sozial Benachteiligten hingegen in Mittelschichtgebieten, dann ist die infrastrukturelle Versorgung deutlich besser, jedoch die Einbindungen in die lokal verankerten Netzwerke sind eher lose und partikular. Wenn nun in diesen Gebieten die Zugänge zu den Infrastrukturen stärker in die Verantwortung der Zivilgesellschaft gelegt werden (beispielsweise durch ein notwendiger werdendes höheres Engagement der Eltern in Schulen, in Nachbarschafts- und Selbsthilfe oder durch die Privatisierung des Postservices), dann wirken die kaum ausreichenden Einbindungen in die freiwilligen sozialen Netzwerke eher ausgrenzend (vgl. auch Häußermann, Siebel 2002).

Die „neuen Armutskonstellationen“ sind also im wissenschaftlichen Diskurs in ihrer integrationshemmenden Wirkung umstritten. Skepsis sollte vor allem darin bestehen, ob es mit den kommunalen Steuerungsmöglichkeiten gelingt, die „Problem-Haushalte“ im Stadtgebiet so umzuverteilen, dass daraus überwiegend Vorteile entstehen. Die zweite Frage bleibt, ob man es sollte. Sicherlich ist es sinnvoll, mit den bestehenden sozial-räumlichen Konstellationen umzugehen und den sozialen Gruppen die Integrationschancen auf gesamtstädtischer Ebene zu verbessern – dazu bedarf es jedoch breiterer Konstellationen in Politik und Verwaltung als bisher.

Ein neues Element brachte Siebel (1997b) mit dem Begriff der „binnenintegrativen Segregation“ in die Diskussion ein. Diese Sichtweise öffnet den Blick auf das Verhältnis aus der Möglichkeit des (zeitweisen?) Auseinander-Rückens und des Sich-aus-dem-Weg-Gehens, ohne dass ein Zerfall der Stadtgesellschaft die Folge wäre. Die entscheidende Frage ist damit aber ebenfalls angesprochen: Wer sorgt mit welchen Möglichkeiten für den Zusammenhalt einer sich vielfältig ausdifferenzierenden Gesellschaft – d.h. es ist damit die Rolle der (Stadt-)Planung angesprochen (siehe unter Abschnitte 9 bis 12). Es ist bei Häußermann und Siebel auch nicht mehr von „Polarisierung der großen Städte“ die Rede (vgl. Häußermann, Siebel 1987: 44–90), sondern von der „Kultur der Differenz und Indifferenz“ (Häußermann 1995: 94).

Inwieweit sich eine Konzentration der neuen Lebensstil- und Milieugruppen positiv auswirkt, ist bislang erst ansatzweise untersucht worden (vgl. Blasius, Dangschat 1994; Dangschat 1994). Um die neuen Zeitmuster (Tages-, Wochen- und Monatszeiten) „leben“

zu können, bedarf es einer Anpassung der Infrastrukturangebote, der lokalen Ökonomie und entsprechend zeit- und orts-flexibler Beschäftigter. Solche „neuen 24-Stunden-Stadtteile“ sind nicht nur für die Nutzer/innen und Bewohner/innen dieser Gebiete interessant: Es sind lebendige Stadtteile (‘vibrant city’) – ideal als Ausgeh- und Vergnügungsort. Sie sind daher auch für Stadtverwaltungen attraktiv (touristischer Reiz und als sichtbarer Ort der ‘creative industries’). Hier konzentriert sich ein hohes kreatives Potenzial, das neben einer Wiederbelebung der lokalen Ökonomie (der meist alt-industrialisierten oder handwerklichen Standorte) auch für zivilgesellschaftliche Strukturen der Viertel genutzt werden kann.⁹

Noch in den 1990er-Jahren wären diese Phänomene viel eindeutiger als aufwertende und verdrängende Gentrifikations-Prozesse eingeordnet und entsprechend kritisch gesehen worden (vgl. Häußermann, Siebel 1987; Dangschat 1995). Die Verschiebung der Einschätzungen ist auch darauf zurückzuführen, dass die Gentrifikations-Prozesse nicht so konsequent wie befürchtet „durchgeschlagen“ haben und auch in solchen Quartieren noch Nischen von Haushalten mit niedrigen Einkommen und Alternativ-Ökonomien verbleiben. Zum anderen haben die Szenen der Anarchos, der Alternativen und der Bauwagengewohner/innen auf der einen und der Laptop-„bewaffneten“ Kreativ-Worker auf der anderen Seite längst gelernt, es zumindest als Parallelgesellschaft in einem gemeinsamen Viertel auszuhalten (siehe den Beitrag von Läßple, Walter in diesem Band).

7 Was gesteuert werden sollte – die Frage der funktionalen und sozialen Mischung

Damit ist die normative Frage des Anlasses, des Zeitpunktes, der Richtung, der Art und der Intensität möglicher planerischer Eingriffe angesprochen – Bezüge, die im „Konsens der Fachleute“ über einen langen Zeitraum als eindeutig erschienen. Heute ist das „wie“, „wohin“ und „womit“ von Stadt- und Regionalplanung zumindest umstritten. Das Spektrum reicht dabei von der existenziellen Frage danach, ob eine Stadt- und Regionalplanung überhaupt noch gebraucht werde, bis hin zu einem Diskurs darüber, welche Art von Planung für welche Aufgabenstellung als angemessen erscheint.

Drei Elemente scheinen sich im reflektierten Fachdiskurs mittlerweile durchgesetzt zu haben:

- die Entscheidungen der Vergangenheit, Bezug nehmend auf die (Magna) Charta von Athen, funktionsgetrennte städtische Teil-Realitäten zu bauen, sollten endgültig als Fehler erkannt sein – ob dieses nun allein mit zu hohem Verkehrsaufkommen, mit volkswirtschaftlichen resp. kommunalen Kosten, mit hohen Belastungen der Umwelt, mit der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung, mit der putzig-kleinstädtischen Ideologie des ‚new urbanism‘, des ‚smart growth‘ oder den Leitbildern der „Stadt der kurzen Wege“ resp. der „dezentralen Zentralisierung“ begründet wird.

⁹ Die Pioniere der Gentrifikation wurden lange lediglich in ihrer normativen Verfasstheit als unkonventionell, non-konform, risikofreudig und „moderat abweichend“ beschrieben, nicht aber in ihrer ökonomischen und sozial innovativen Kraft. Dieser Perspektivenwechsel ist Folge der „neuen Aufmerksamkeit“ für die Kreativpotenziale einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft (vgl. Schur 2002; Dangschat 2006; Läßple 2005; siehe auch den Beitrag von Läßple, Walter in diesem Band).

- Mit baulichen Mitteln (Städtebau und Architektur) kann weder die Gesellschaft „repariert“, noch der Kontext für eine „bessere Gesellschaft“ erschaffen werden. Schlechte Architektur sowie schlechter Städte- und Landschaftsbau können aber gesellschaftliche Entwicklungen verhindern resp. Desintegration unterstützen, während „gute bauliche Lösungen“ lediglich eine gute Voraussetzung dafür sind, von der Gesellschaft angenommen und in integrativem Sinne genutzt zu werden. Hochhäuser und Beton machen also ebenso wenig krank oder kriminell, wie guter Städtebau die Gesellschaft zusammenbringt.
- Stadtplanung und Kommunalpolitik können daher nicht verhindern, dass sich Gesellschaften entsprechend ihrer Ungleichheiten und gruppenspezifischen Konstruktionen über wahrgenommene Ungleichheiten ungleich im (städtischen) Raum verteilen – sei es bei der Wahl des Wohnstandortes, des Ortes der Freizeitgestaltung oder des Aufenthalts im öffentlichen Raum. Trotz gegenteiliger Auffassung wird das Auseinanderdriften der Gesellschaft stadtplanerisch resp. durch Wohnungsbelegungspolitik noch unterstützt.

Wenn diese drei Positionen befürwortet werden, sollte das Schwergewicht der Stadtplanung darin liegen, in fachlichem und finanziellem Austausch mit anderen Ressorts dafür zu sorgen, dass die bestehenden sozial-räumlichen Strukturen nicht „gefährlich“ oder „gefährdend“ werden. Das betrifft im ersten Schritt das „Kerngeschäft“ der Stadtplanung: Auf die funktionale und materielle Qualität der baulichen und infrastrukturellen Ausstattungen sollte geachtet werden („hardware“). Zusätzlich sollten im Rahmen neuer Steuerungsmöglichkeiten (horizontale Vernetzung, vertikale Vernetzung, Partizipation der Bewohner/innen, Einbeziehen der (lokalen) Ökonomie) zusätzliche Akteure/Akteurinnen in die Verantwortung der Gestaltung von Mikro-Standorten eingebunden werden („corporate local responsibility“). Schließlich sollten in Kooperation mit Sozialarbeit im weitesten Sinne und Künstler/innen Anregungen zur Nutzung der städtischen Räume gegeben werden, um eine gesellschaftliche Kohäsion unterschiedlicher Lebensstil-Gruppen zu unterstützen („software“). Stadtplanung verschiebt sich damit zusehends von einem Ingenieurfach (als das es überwiegend noch gelehrt wird und zumeist auch institutionell verankert ist!) zu einer Disziplin, die über die traditionell verpflichtende Abwägung der Interessen hinaus den *Ausgleich von Interessen* um eine möglichst vielfältige Nutzung von Orten moderiert („enabling“).

Diese Integration unterschiedlicher sozialer Strukturen und Interessen vor Ort wird jedoch durch die gegenwärtige Stadtentwicklung unterlaufen, die im starken Maße von Developern und Investoren bestimmt wird. Denn wurde früher nach Funktionen getrennt sowie nach sozialen Gruppen eher integrierend geplant und gebaut, so werden heute zwar verstärkt wieder nutzungsgemischte städtebauliche und funktionale Strukturen hergestellt, sie sind jedoch zumeist an der engen sozioökonomischen und/oder soziokulturellen Bandbreite der ökonomisch erfolgreichen „neuen Dienstleistenden“ ausgerichtet.

8 Die „neuen Kreativen“ – Renaissance der (Innen-)Städte?

Die neuen, wissensbasierten Dienstleistungen gelten sowohl in ökonomischer als auch in soziokultureller Hinsicht als Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft der Städte (siehe den Beitrag von Läßle, Walter in diesem Band). Dafür spricht einerseits die Tatsache, dass sie die kleinteilige, flexible und wachsende Basis einer Dienstleistungsökonomie bilden, von der sich die Städte zukünftig eine steigende Wertschöpfung und eine Absicherung der Beschäftigung erwarten. Darüber hinaus bilden sie aufgrund ihrer Standortpräferenzen sichtbare Cluster entweder in brachgefallenen Industriestandorten, die neu positioniert werden („waterfront development“ resp. „brownfield-development“) oder in innerstädtischen Stadtteilen, die als „hip“ gelten (vgl. Läßle 2005b).¹⁰ Diese Prozesse stärken nicht nur die oftmals eher schwache lokal eingebundene Ökonomie dieser Quartiere, sondern sie „wiederbeleben“ diese Stadtteile (vgl. Läßle 2004), zumal dann, wenn sich in Folge der Sichtbarkeit der „Neuen“ eine umfangreiche Gastronomie und neue Formen des Einzelhandels ansiedeln. Diese Prozesse wurden in den 1980er- und 1990er-Jahren von der kritischen Stadtforschung als „bedrohlich“ geschildert und von den unterschiedlichen Einkommens- und Lebensstilgruppen teilweise militant ausgefochten, während die Stadtverwaltungen die „Revitalisierung“ eher billigend in Kauf nahmen resp. wohlwollend betrachtet und als „Sanierungserfolg“ gefeiert haben.

Diese „neue Attraktivität“ mancher innenstadtnaher Standorte hat viele parallel laufende und sich verstärkende Faktoren, die vor allem auf ein neues, flexibles Fließgleichgewicht aus Erwerbsarbeits-, Reproduktionsarbeits- und Freizeit zurückzuführen sind. Die Ansage: „Du bist verantwortlich für Dein Leben“ und die Struktur der neuen beratenden, wissensbasierten, kreativen Dienstleistungen ergeben zusammen eine Orientierung unter den Jugendlichen und jungen bis mittelalten Erwachsenen, die sich einerseits als „neue Lebensstile“, andererseits als „neue Produktionsformen“ (von Dienstleistungen, aber auch figures, stories, images und fakes der Medien, Werbung und kulturellen Produktion im weitesten Sinne) resp. „neue Reproduktionsformen“ von Partnerschaft, Freundschaft und sozialen Netzwerken zeigen (vgl. Dangschat 2006). Häufig wird bei Berichten über diese neuen Szenen und Milieus nur die attraktive Seite dargestellt resp. als Wunschtraum reproduziert; dabei wird ein hoher Anteil hoch prekärer Beschäftigung, zumindest temporär, in der Regel ausgeblendet (hier liegt die Basis eines wachsenden ‚working poor‘-Anteils) (vgl. Manske 2005).

Trotz der oft sozioökonomisch höchst heterogenen sozialen Lagen sind diesen Lebensstil-Typen jedoch neue, flexible Formen der Raum- und Zeitmuster gemeinsam – hierin liegt die neue Herausforderung von Stadtplanung, der Organisation der Arbeitsmärkte und der sozialpolitischen Steuerung. Diese Raum-Zeit-Organisationsformen stehen nämlich in fundamentalem Gegensatz zu dem industriell-fordistischen Muster, aus dem unsere heutigen Großstädte entstanden sind und die sie noch immer beherrschen – in der städtebaulichen Anlage, in der funktionalen Trennung, in den verregelten Zeitmustern (vgl. zu

¹⁰ Hier sollte man – analog zur Gentrifizierung – zwei Typen von Stadtteilen unterscheiden: einerseits „jünger gewordene bürgerliche Stadtteile“ (wie Schwabing in München oder Harvestehude und Eppendorf in Hamburg) und andererseits „aufgewertete ehemalige Arbeiterquartiere“ (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Scheunenviertel in Berlin, Kölner Südstadt, Frankfurter Nordend oder Sachsenhausen, Westliche Innere Stadt in Hamburg etc.).

deren Flexibilisierung den ARL-Band von Henckel, Eberling 2002), in den Alltagsroutinen und in den über Generationen eingeübten Formen des Lebens in Partnerschaften, Familien und Freundeskreisen.

Die Hoffnung für eine Renaissance der (Innen-)Städte durch die „neuen Kreativen“ (vgl. Läßle 2005a) beruht somit auf drei wichtigen Elementen, die für das neue Regulationsregime des städtischen Post-Fordismus unabdingbar scheinen:

- a) in flexiblen Formen der Arbeitszeit mit Akteuren mit hoher Selbstständigen-Mentalität und einem hohen Anteil an wissensbasierten Jobs,
- b) in neuen Formen der Vergemeinschaftung in Freundeskreisen, Übernahme zivilgesellschaftlicher Aufgaben und neuen Formen von Partnerschaften mit der Folge neuer sozialer Milieus und Lebensstile und
- c) in neuen Formen flexibler städtischer Governance, welche einerseits die vertikale und horizontale Integration verstärken, breitere Kreise in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden, aber eben auch mit einer Stadt- und Regionalplanung, die ebenfalls in der Lage ist, ihre Instrumente und Planungsprozesse angemessen zu flexibilisieren (strategische Orientierung, Masterplan-Skizzen statt bunter Pläne mit Gesetzescharakter, mehrfarbig angelegter Flächen in Nutzungsplänen, Diskurs statt Top-down-Entscheidungen, Einbinden der lokalen Ökonomie in die Verantwortung für den Mikro-Standort etc.) (s. u. Abschnitt 12).

Zu einer Renaissance für die Innenstädte können die Kreativ-Milieus jedoch nur dann beitragen, wenn sie entsprechende Arbeitsorte vorfinden (zu Lofts umgebaute Fabriken und Lagerhallen, Hinterhöfe, Dachgeschosse, leer stehende Ladenlokale oder ‚start-up-buildings‘), wenn die umliegenden Dienstleistenden entsprechende Öffnungszeiten und Angebote haben (Frühstück bis 16 Uhr, warmes Essen schon um 5 Uhr und noch um 3 Uhr), wenn die Menschen jenseits der traditionellen Routinen in der Lage sind, den Alltag flexibel zu gestalten (der hat dann nicht notwendigerweise mehr nur 24 Stunden und ein Dienstag muss sich nicht mehr vom Sonntag unterscheiden, Schlafengehen kann um 6 Uhr sein etc.) und wenn die unterschiedlichen Gruppen in „Parallelgesellschaften mit sinnvollen Überschneidungen“ zu leben gelernt haben.

Unter diesen Bedingungen heißt Renaissance: Es vernetzt sich eine neue Dienstleistungsökonomie unterschiedlichster Sparten auf engstem Raum in flexiblen, auch von Zufälligkeiten lebenden Netzwerken, welche den Standort wieder in Wert setzen und kulturell neu positionieren, die bestehenden Infrastrukturen besser auslasten resp. erweitern und den Raum für neue Lebensstile und soziale Milieus öffnen. Die vielfältigen Angebote aus Erwerbsarbeits-, Reproduktions- und Freizeit sind eine gute Voraussetzung dafür, das Eigen-Bild zusammenzubasteln, temporär flexibel zu halten und expressiv nach außen zu zeigen („Lebensstilisierung“) – ganz so wie die Theoretiker der Individualisierungsthese die neue Herausforderung benennen. Offen bleibt der „planerische Rahmen“, denn einerseits verursacht die ökonomische Aufwertung einen Spekulations- und Verdrängungsdruck (Gentrifikation), andererseits benötigen die Großstädte solche ‚vibrant places‘ um im Standortwettbewerb zu bestehen, denn diese Orte lassen sich nicht nur touristisch hervorragend vermarkten, sie sind zudem Anziehungspunkte für weitere „Individualisten“ der Kreativ-Milieus.

Aufgrund des fiskalischen und ökonomischen Drucks der Städte werden die ‚creative capacities‘ dieser ‚creative milieus‘ jedoch häufig zu rasch und zu einseitig ausschließlich unter dem Blickwinkel der ‚creative industries‘, also der raschen ökonomischen Verwertbarkeit gesehen. Wie Läßle, Walter in ihrem Beitrag zeigen können, wird am Beispiel des Schanzenviertels deutlich, dass die „kreativen Milieus“ neben dem Beitrag für die lokale Ökonomie zudem einen hohen Beitrag dafür leisten können, dass im Quartier Verantwortung für die Entwicklung der Nachbarschaft übernommen wird und dass trotz unterschiedlicher ökonomischer Positionen und politischer Weltanschauungen Parallelgesellschaften entstehen können, die einander brauchen – auch wenn es nur darum geht, sich vor einer abgeschabten Kulisse der Arbeiter/innenkultur, den Graffiti als Zeichen einer Hip-Hop-Kultur resp. in einem modisch-architektonisch gestylten Fabrik-Milieu als ‚creative milieus‘ zu inszenieren.

‚Creative Industries‘ bilden nur dann Orte aus, wenn es räumlich daneben und temporär sich überlagernd andere Formen der Kreativität gibt, die nicht mit der oder gegen die Logik des kapitalistischen Marktes arbeiten, wo die Lust am Augenblick mehr Wert verspricht als die Diskussion mit dem Anlagen- oder der Steuerberater/in. ‚Creative Industries‘, die ihrerseits als Innovations-Pool für den Mainstream arbeiten, sind auf frische Ideen und lustvolle Inszenierungen nicht nur im Sinne unmittelbarer ökonomischer Verwertbarkeit angewiesen, sondern auch auf die Erfindungen im Umgang mit Fairness beim Schaffen kollektiver Güter, das gemeinsame Erleben kreativer Momente und die Brainstorms durch „Spinnereien“.

9 Was wir häufig überschätzen – die Integrationslust und das Integrationsvermögen¹¹ der Stadtbevölkerung

In den Überlegungen zur „Urbanität“, zur „Europäischen Stadt“ und zu den „Nachbarschaften“ gehen die Fachleute meist zu selbstverständlich davon aus, dass eine große soziale Vielfalt auch kleinräumlich gewünscht ist und gerne gelebt wird („voneinander lernen“). Es scheint so, dass die Entwicklung der Stadtgesellschaften eher auf das Gegenteil hinausläuft: Mit zunehmender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung – oft auch entlang der „feinen Unterschiede“ – steigt das Bedürfnis nach Distinktion (der Bestimmung des Spezifischen des Selbst) und die Verunsicherung über die (angemessene) Verortung in der Gesellschaft. Beides führt zu Gruppenschließungs-Prozessen, die sich auch räumlich ausdrücken. Als drittes Element kommt das verstärkte Sicherheitsdenken hinzu – beispielsweise als Sicherheit über einen gemeinsamen Wertevorrat im Wohnviertel, sei es in Hinsicht auf die Schulen, die Identifikation mit „den Nachbarn“ oder aber die Sicherstellung der Hausordnungen und Eigentümer/innen-Regelungen bei den sich zunehmend verbreitenden Teil-Eigentümer-Gemeinschaften.

An die Stelle der Forderung nach „gemischten Nachbarschaften“ rücken von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geprägte normative Orientierungen an dem Vorbild

¹¹ Beim Begriff „Integration“ soll an dieser Stelle nicht eindeutig zwischen multikultureller Eigenständigkeit („urban mosaic“) und Assimilation („melting pot“) unterschieden werden; vielmehr ist hier der Umgang mit „den Anderen“ in städtischen sozial-räumlichen Milieus (im Treppenhaus, im Wohnumfeld, im öffentlichen Raum etc.) gemeint.

einer souveränen Nutzung der Vielfalt des städtischen Raumes (vgl. Häußermann 1995) – auch dieses kann sich dahingehend auswirken, dass die Stadtteile sich in Konkurrenz um die Einzigartigkeit sozioökonomisch und soziokulturell auseinander entwickeln (wie unter dem Stichwort der Gentrifikation hinreichend beschrieben).

An dieser Stelle sei zudem auf einen meist blinden Fleck der Segregations-Debatte hingewiesen, denn der Druck, mit möglichst vielen, möglichst unterschiedlichen Menschen im Alltag gut auskommen zu sollen, lastet vor allem auf den Menschen, die untere sozioökonomische Ränge innehaben: Die Arbeit der Integration der Zugewanderten wird „vor Ort“ geleistet und die Hilfen von außen gehen zunehmend von einem zivilgesellschaftlichen Engagement auch von den sozialen Gruppen aus, die wenig Zeit, Geld und Selbstvertrauen haben, sich nicht gut in der Sprache des Aufnahmelandes ausdrücken können und womöglich ganz andere Formen des Interessenausgleichs eingeübt haben, als an Runden Tischen zu sitzen und Arbeitsgruppen zu bilden.

Die Mittel- und erst recht die Oberschichten entziehen sich aufgrund der Freiheitsgrade ihrer Wohnstandortwahl dieser täglichen zivilgesellschaftlichen Aufgabe zur gesellschaftlichen Integration. Auf der anderen Seite setzen sie jedoch die Standards einer „gelungenen Integration“ (vgl. Dangschat 1999b). Die Konzentration von den sozialen Gruppen, die im Verdacht stehen, auffällig zu sein – und nur über diese wird die Sorge mangelnder Integrationsmöglichkeiten verbreitet – steht dann im Mittelpunkt der Bekämpfung künftiger Entwicklung resp. der innovativen Programmatik des ‚empowerments‘.

Wurde bis hierher der Stand der Humangeografie, Stadt- und Regionalsoziologie sowie der Ungleichheitsforschung in seinen Erkenntnissen und Forschungsdefiziten dargestellt, so sollen in den folgenden Punkten die Möglichkeiten zur Beeinflussung der Zusammenhänge zwischen sozialen Lagen, Lebensstilen und Siedlungsformen thematisiert werden.

10 Die Hebel I: Belegungspolitik und kleinräumige funktionale Mischung

Von den Befürwortern der „Social-Mix“-Zielsetzung wird vor allem versucht, die Rahmenbedingungen für sozioökonomische, ethnische und soziodemografische Mischungen günstig zu stellen. Darunter fallen vor allem ein hoher Mix an Bauträger/innen, Eigentums- und Finanzierungsformen, unterschiedlichen Grundrissen und Gebäudetypen, unterschiedlichen Wohnungsgrößen, aktive Formen der Belegungspolitik und die Aktivierung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts.

Diese Maßnahmenbündel sind sicherlich grundsätzlich richtig und sollten weiterhin aktiv genutzt werden. Gleichzeitig sollte dieses Instrumentenbündel jedoch nicht überschätzt werden, denn es liefert keinesfalls eine Garantie für intensivere soziale Kontakte über Grenzen sozialer Gruppen hinweg oder gar für einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt (im Gegensatz dazu die eher deterministische Position von Brech 2005), sondern bildet allenfalls bessere Voraussetzungen für eine integrierte Gesellschaft als ein segmentiertes Wohnungsmarktangebot. Wie am Beispiel der Belegung von Großsiedlungen oder aber einer behutsamen Stadterneuerung abzulesen ist, sind diese Maßnahmen nur bedingt erfolgreich gewesen, weil häufig Vermarktungsinteressen (Eigentum und sozial geförderter Wohnungsbau in einem Gebäude oder Block) resp. Vorbehalte

der Menschen selbst gegenüber „Anderen“ zu groß sind.¹² Gerade die Mittelschichten haben sich rasch aus den Großsiedlungen verabschiedet, was dort zu einer Abwärtsspirale geführt hat, und auch in den behutsam erneuerten innenstadtnahen Wohnquartieren ist die Modernisierung oft zum Startsignal einer Gentrifizierung geworden.

Neben einem sozialen Mix ist vor allem auch auf einen funktionalen Mix zu achten, denn der Prozess des sozialen Herabfilterns wird nicht nur durch die Vorbehalte gegenüber den Nachbarn, sondern auch durch das Fehlen von Arbeitsplätzen, haushaltsbezogenen Dienstleistungen und kulturellen Einrichtungen beschleunigt (siehe den Beitrag von Läßle, Walter in diesem Band).

Da man bei einem Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen mit sehr unterschiedlichen Reaktionen rechnen muss,¹³ ist bei der Frage nach der „geeigneten“ sozialen Mischung auch der Maßstab relevant. Soll das „ideale Mischungsverhältnis“ auf der Ebene eines Hauses, eines Blockes, eines Viertels gesucht und gefunden werden? Mit diesen Fragen war die Sozialwissenschaft bereits in den 1970er-Jahren konfrontiert worden (wie viele Haushalte mit Zuwanderern pro Treppenhaus?) und sollte sie auch jetzt nicht mit „Eindeutigkeiten“ im Sinne der ‚Tipping Theorie‘ beantworten.

Da sich in der Stadtsoziologie mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt haben dürfte, dass Anteilswerte einer sozialen Gruppe k(aum)einen Hinweis auf das Ge- resp. Misslingen einer gesellschaftlichen Integration liefern (als frühes Beispiel vgl. Alpeis 1990; vgl. aktueller Heitmeyer, Anhut 2000b), sollte die „ideale Mischung“ grundsätzlich vor Ort ermittelt und „gefunden“ werden. Die „Lösung“ wird jedoch allenfalls ein Fließgleichgewicht der jeweiligen Interessen sein, die sich aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und/oder von Entwicklungen exogener Größen (Arbeitsmarkt, staatliche/kommunale Intervention, Wohlstandsentwicklung, sozioökonomische Polarisierung etc.) immer wieder vor Ort neu ergeben. Auf der gesamtstädtischen Ebene sollten unterschiedliche „Körnungen“ sozialer Mischung möglich sein, um ganz unterschiedlichen Bedürfnissen nach „Abstand“ und sozialer Schließung entgegenkommen zu können.

Wenn sich die Schere der Einkommen und Vermögen öffnet und der Arbeitsmarkt für sozial benachteiligte Gruppen allenfalls für prekäre Jobs offen ist, dann wird sich das in Großstädten immer wieder in Armutsgebieten zeigen – und diese sind immer wieder die gleichen, auch wenn sie über Jahre hinweg thermo-saniert, begrünt, verkehrsberuhigt und

¹² Inwieweit sich die kommunale Strategie in der Tübinger Südstadt, als Developer aufzutreten, mit den Planwertgewinnen Zwischennutzungen zu finanzieren resp. Darlehen zu ermöglichen und die Grundstücke nur an Endnutzer weiterzugeben, als integrationsfördernd auswirken wird, wird die Zeit zeigen müssen – hier wurde dem Ansatz der sozialen Mischung jedenfalls konsequent gefolgt (vgl. Feldtkeller 2001).

¹³ Die Kontakthypothese – sie besagt, dass Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund die gegenseitigen Vorurteile dann am schnellsten abbauen, wenn sie einen intensiven (positiven) sozialen Kontakt haben –, auf die die Befürworter des ‚social mix‘ setzen, funktioniert bei sozial benachteiligten Gruppen eher schlecht, während sie bei den bildungsbürgerlichen Mittelschichten – die diese Standards zwar setzen, aber nicht leben wollen und müssen – deutlich besser funktioniert. Ein Grund hierfür ist sicherlich auch, dass in der Regel diese sozialen Kontakte zwischen der bildungsbürgerlichen Mittelschicht und den Zugewanderten die Ausnahme sind, weil man selten nebeneinander wohnt oder miteinander arbeitet. Bei schwer zu ertragender Nähe zu „Anderen“ schlägt die soziale Beziehung leicht in einen Konflikt um, was dann den Integrationsbemühungen zuwider läuft. (Vgl. Dangschat 1998; Häußermann, Siebel 2002; Siebel 2005.)

über Beteiligungsverfahren den Quartiersplatz gestaltet bekommen haben. Hier wird es – stärker als bisher geschehen – auf die koordinierte Zusammenarbeit einer Reihe von Fachressorts bei der Lösung resp. der Milderung der lokal auftretenden Probleme ankommen. Gleichzeitig ist – ähnlich wie in Großbritannien – auf eine stärkere Vernetzung der Entwicklung der „Problemgebiete“ mit der gesamten städtischen Agglomeration zu achten (vgl. Hamedinger 2004).

11 Die Hebel II: Die Gestaltung des (öffentlichen) Raumes und öffentlicher Einrichtungen

In der Segregationsdebatte wird meist auf die Wohnstandorte und die soziale Mischung von Wohnquartieren geachtet; demgegenüber wird der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes sowie der öffentlichen Einrichtungen eine sehr viel geringere Bedeutung zuteil. Da die gesamte Segregationsdebatte über die damit zusammenhängenden Vermutungen über soziale Kontakte (Häufigkeit, Intensität, Inhalte) verbunden ist, die entweder im Treppenhaus oder im Wohnumfeld stattfinden, ist es überraschend, dass das Kommunikations- und Integrationspotenzial des öffentlichen Raumes und der quartiersbezogenen öffentlichen Einrichtungen wenig Beachtung findet.

Der öffentliche Raum (insbesondere als Platz) wird innerhalb der Stadtplanung überwiegend als „Ort der Urbanität“ angesehen, d.h. als der Raum, in dem man sich relativ frei und vorbehaltlos begegnet, sich untereinander wenig stört oder verunsichert und im unverbindlichen „Sehen-und-gesehen-werden“ die Zeit verbringt. Deshalb ist es nur konsequent, wenn man einer räumlichen Einheit, die zudem eine soziale sein oder werden soll, einen zentralen Platz zuordnet – hierfür lassen sich eine Reihe von städtebaulichen Beispielen in der Nachkriegszeit bis heute finden.

Was passiert jedoch, wenn die städtebauliche Lösung des zentralen Platzes für die soziale Bandbreite als „zu eng“ resp. „zu klein“ empfunden wird? Dann entstehen Verdrängungs- und Ausweichprozesse, dann entstehen Gefühle des Keinen-Platz-mehr-Habens und des Übergangen-und-nicht-mehr-respektiert-Werdens – alles eher Prozesse, welche die gesellschaftliche Kohäsion „unterlaufen“ (vgl. Madanipour 2005).¹⁴

Es wird daher vor dem Hintergrund einer sich wieder stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft statt eines – möglicherweise einengenden – gemeinsamen Raumes eher ein System öffentlicher Räume mit unterschiedlichen Bewegungsdynamiken (rasches Gehen bis betrachtendes Sitzen), unterschiedlicher Gelegenheitsdichte und Nutzungs-Determinierung benötigt. Es braucht in diesem Geflecht der unterschiedlichen Bestimmtheit Nischen für diejenigen, die Schwierigkeiten haben, ihre Raumansprüche zu formulieren oder denen es schwer gemacht wird, sie durchzusetzen. Es braucht aber auch Orte der Begegnung, an denen Anlässe geschaffen werden, dass Menschen sehr unterschiedlicher Art auch zusammenkommen können und es braucht Prozesse, die bisweilen auch unterstützt werden müssen, um die unterschiedlichen Ansprüche an das System öffentlicher Räume zu formu-

¹⁴ Ähnliches ist beispielsweise aus Jugendzentren, von Spiel- und Sportplätzen bekannt, wo nach Geschlecht, Ethnie, Alter und Milieu unterschiedliche Jugendgruppen um ihren Raum (der Anerkennung) kämpfen, ihn besetzen, verteidigen und „markieren“ (vgl. Deinet 2002; Deinet, Krisch 2002).

lieren und auszuhandeln – hierzu sind städtebauliche Planungen über Beteiligungsverfahren ebenso gut geeignet, wie lokale Agenda-21-Prozesse (vgl. Dangschat et al. 2006).

Auch öffentliche Einrichtungen oder Vereine haben die Möglichkeit, Inter-Gruppen-Beziehungen einen Ort zu geben – gerade für Schulen wird dieses breit diskutiert (vgl. Dollase u. a. 2000). Gerade in den städtischen Quartieren, die vor einer hohen Integrations-Herausforderung stehen, müssten Schulen in besonderer Weise mit Mitteln und Personal ausgestattet werden, um dort die Integrationsleistung zu unterstützen – aufgrund der zunehmenden fiskalischen Probleme der Kommunen kann dieser Zielsetzung jedoch immer weniger nachgekommen werden.

Bei der sozialen und ökonomischen Stabilisierung und „Wiederbelebung“ ehemaliger Arbeiter- und Industriegebiete spielen vor allem auch die Kreativmilieus eine bedeutsame Rolle. Sie nutzen den ‚value gap‘ leerstehender Gebäude, werten bestehende städtebauliche Strukturen um und bringen aufgrund ihrer extrovertierten Lebensstile rasch eine Sichtbarkeit des Wandels, welche weitere Pioniere nach sich zieht.

12 Die Hebel III: Die Partizipation

Partizipation ist ein schillerndes Gebilde, weil sie oft unterschiedlich instrumentalisiert wird und auf sehr unterschiedlichem Niveau stattfindet (zu den Stufen vgl. Arnstein 1969; Selle 1996b: 69, 1996c: 170). Kaum eine planende Verwaltung wird heute ganz ohne Beteiligungsverfahren auskommen, doch sind die Zielsetzung und die Motivation von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Ein Motiv kann es sein, sich „unangenehme“ Meinungen von Vertreterinnen und Vertretern von NGOs, sozialen Einrichtungen oder von Bürgerinnen und Bürgern „vom Halse“ zu schaffen – die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen weisen häufig Elemente hiervon auf. Auch das öffentliche Auslegen von Planungsänderungen haben eher einen formalen als einen wirklich partizipativen Charakter. Besonders problematisch ist es, wenn versucht wird, kommunalpolitische oder planerische Patt-Situationen oder unangenehme kommunalpolitische Entscheidungen über partizipative Verfahren zu „lösen“.

Zwischen der Wissenschaft und der kommunalpolitischen und planerischen Praxis scheint es einen generellen Dissens darüber zu geben, was jeweils „angemessene“ Formen der Partizipation sind: Die Wissenschaftler/innen neigen dazu, Elemente der Kooperation und der Eigenverantwortlichkeit der Bürger/innen und Unternehmer/innen, eine stärkere Einbeziehung der Beteiligten bei der Entscheidungsfindung und eine stärkere Ergebnisoffenheit vorzuschlagen resp. einzufordern, während Kommunalpolitiker/innen und Planer/innen eher konservativ vorgehen und die Rolle der Beteiligten auf die der Ideenfindung reduzieren. Letztere sehen in den weit gehenden Forderungen der Wissenschaftler/innen oftmals ihre Entscheidungsmacht und -freiheit bedroht und lehnen daher weitergehende Formen der Partizipation eher ab, während in der Planungstheorie viele Wissenschaftler/innen auf den ‚communicative turn‘ in der Planungspraxis setzen (vgl. Healey 1997, 1998; Selle 1997; Cars et al. 2002; Sinning 2003; Dangschat 2007b).

Sozialwissenschaftler/innen fehlt in dieser Situation häufig ein besseres Verständnis für die „guten Gründe“ der Kommunalpolitiker/innen und Planer/innen dafür, die Partizipation nur auf „niedrigem Niveau“ anzugehen – ob es nun die institutionellen Einbindungen sind,

die als (zu) gering eingeschätzten eigenen Spielräume oder persönliche Erfahrungen mit zumindest in Teilen ergebnisoffenen Verfahren.

Umgekehrt werden Partizipationsprozesse von Kommunalpolitiker/innen und Planer/innen häufig erst dann in Entscheidungsfindungsprozessen eingesetzt, wenn wesentliche „Eckpunkte“ verwaltungsintern oder gegenüber Investoren bereits mühsam ausgehandelt wurden. Hat ein verwaltungsinterner oder parteiübergreifender Abstimmungsprozess erst einmal stattgefunden, ist es eher unwahrscheinlich, dass dieser aufgrund von Ideen, Vorschlägen oder Kritikpunkten von Laien noch einmal hinterfragt wird. Solche „Beteiligungsprozesse“ sollen formal bereits bestehende Entscheidungen lediglich „legitimieren“, unterstützen damit jedoch eher eine Politik(er/innen)- und Verwaltungs-Verdrossenheit.

Häufig fühlen sich insbesondere Kommunalpolitiker/innen auf der untersten Ebene in ihren Entscheidungsbefugnissen herausgefordert und bedroht, weil sie den Eindruck haben, ohnehin nur wenig entscheiden zu können. Das Subsidiaritätsprinzip sowie Prozesse der Verwaltungsmodernisierung sollten es jedoch mit sich bringen, dass Entscheidungsbefugnisse und auch die Mittel hierfür innerhalb der Verwaltungsstrukturen nach unten delegiert werden. Wenn das nicht geschieht, wird die Offenheit für Partizipationsverfahren behindert, denn nur wer weitere Spielräume in seinem Zuständigkeitsbereich erhält, wird in der Lage sein, daraus etwas nach unten (innerhalb der Verwaltung) oder nach außen in Partizipationsprozesse zu delegieren. In dieser unklaren Situation wird es zudem häufig verabsäumt oder übergangen, die „Spielregeln“ der Partizipationsverfahren eindeutig festzulegen. (Was ist das Ziel? Welche Entscheidungsspielräume gibt es? Was sollte nicht mehr hinterfragt werden?) Die Rahmenbedingungen klar zu kommunizieren gehört jedoch zu den wichtigsten Voraussetzungen einer gelungenen Partizipation.

Der breiten Forderung, dass man auch diejenigen stärker berücksichtigen solle, die üblicherweise in Beteiligungsverfahren unterrepräsentiert sind (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Zuwanderungshintergrund, resp. Geschlecht – in Abhängigkeit von den Themenstellungen), stehen jedoch in der Regel eher unzureichende Bemühungen der Verwaltungen entgegen, für eine stärkere Ausgewogenheit zu sorgen. Es reicht eben nicht, Hauswurfsendungen in vier bis sechs Sprachen in die Briefkästen zu stecken, sondern es geht vor allem darum, zu verstehen, dass die verschiedenen Kulturen und sozialen Milieus auf die gleiche Herausforderung ungleich reagieren – jedenfalls nicht alle das am Maßstab der deutschen Mittelschicht orientierte Zusammensitzen in Vollversammlungen oder Arbeitsgruppen als die geeignete Form der Problemlösung ansehen. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass es – solange es ein Recht, aber keine Pflicht auf Beteiligung gibt – Menschen gibt, die schlichtweg an dem Thema zu wenig interessiert sind, als dass sie dafür ihre Freizeit aufwenden wollen, oder die negative Erfahrungen gemacht haben. Ähnlich ist die Situation bei politischen Wahlen, bei denen mehr als ein Drittel das Wahlrecht nicht wahrnimmt und in manchen Quartieren zudem ein Großteil der Bevölkerung nicht wahlberechtigt, gleichwohl aber von kommunalpolitischen Entscheidungen tangiert ist.

Ein weiterer Hinderungsgrund, Partizipationsverfahren in einer „neuen Planungskultur“ einzusetzen, ist die Überfrachtung und Überforderung dieser Maßnahmen. Wenn sich eine Kommune zu einem Partizipationsverfahren durchringt, verlangt sie als Auftraggeberin

häufig zu viel in zu kurzer Zeit, was das gesamte Vorgehen leicht überfordern kann und sich kontraproduktiv auswirkt. Die Auftragnehmer/innen tragen oft zu dieser Überfrachtung bei, weil dieser Markt hart umkämpft ist und sie vielfach den Ehrgeiz haben, „alle Register“ ziehen zu wollen. Überfordert sind Partizipationsveranstaltungen häufig in ihrer Erwartung an das Ergebnis, die meist inhaltlich hochgesteckt wird und innerhalb eines (zu) kurzen Zeitraumes erreicht werden soll.

Mit einer angemessen eingesetzten Partizipation (Umfang und Intensität der Einflussnahme von außen) ist man jedoch sicherlich in der Lage, kommunalpolitische und planerische Entscheidungen im Sinne eines verbreiterten Demokratieverständnisses zu unterstützen und ist – bei entsprechender Breite der Beteiligung – zudem in der Lage, einen Beitrag zur Integration einer Stadtgesellschaft zu leisten.

13 Die Hebel IV: Die Einbeziehung der Verantwortung der lokal gebundenen Ökonomie

Wenn Partizipation auf kommunalpolitischer Ebene oder in Stadtplanungs-Zusammenhängen diskutiert wird, wird in der Regel lediglich an die Beteiligung von privaten Haushalten, Vereinen, NGOs oder Interessengruppen gedacht, die im weitesten Sinne „Sozialarbeit“ erledigen. Häufig wird hierbei die lokal gebundene Ökonomie übergangen.¹⁵ Wenn sich im Zuge der Neuorganisation gesellschaftlicher Regulation die öffentliche Verwaltung und die Gesellschaft neu positionieren sollen, so gilt dieses auch für den ökonomischen Sektor. Hierzu sind innerhalb der EU entsprechende Vorgaben durch die Verträge von Lissabon und Göteborg gemacht worden, die sich im Weißbuch „Good Governance“ niederschlagen (vgl. EU 2001).

Den Unternehmen wird hierbei eine ‚corporate social responsibility‘ abverlangt, die in der Regel überwiegend auf der Ebene der internationalen Zusammenarbeit gesucht wird. Einen Perspektivenwechsel stellen in diesem Zusammenhang erste Projekte dar, in denen die lokal gebundene Ökonomie¹⁶ Verantwortung für den eigenen Standort – sei es auf Agglomerationsebene oder auf der Quartiersebene – übernimmt, indem sie Partnerschaften mit lokalen Institutionen resp. der öffentlichen Hand eingeht.

Instrumente dieses partnerschaftlichen Wirkens können ‚social sponsoring‘ (als Geld oder ‚in kind‘-Leistung), ‚social investment‘ oder andere Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements sein, die in der Regel vertraglich abgesichert werden.¹⁷ Gerade vor

¹⁵ Auch dass letztlich im Zuge der Verwaltungsmodernisierung die ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit der Verwaltungseinheiten als eine Form der Ausweitung von partizipativen Ansätzen gesehen werden kann, wird häufig ebenfalls übersehen, gleichwohl wird an dieser Stelle hierauf nicht näher eingegangen (vgl. hingegen Bogomil 2002; Dangschat 2007a).

¹⁶ Die allgemeine Feststellung, dass zumal unter dem Vorzeichen einer um sich greifenden Globalisierung „die Wirtschaft“ allgemeinen Zwängen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit entsprechenden Folgen für die Standortbindung ausgesetzt sei, entbehrt jeder empirischen Basis; sie beschränkt sich vor allem auf Großbetriebe, nur in Ausnahmefällen bezieht sich dies auch auf die KMUs. Wie Läßle (2000) zeigen konnte, sind etwa 17 Prozent aller Beschäftigten einer städtischen Ökonomie eher standortgebunden.

¹⁷ Eine Vorreiterrolle haben in Deutschland sicherlich die Initiativen im Rahmen des „startsocial“-Programmes bewirkt; vgl. <http://www.startsocial.de>.

dem Hintergrund genereller steuerlicher Entlastungen (was umgekehrt die fiskalischen Engpässe der Kommunen mitverursacht), sind auch Großbetriebe in die Verantwortung für ihre Standorte mit einzubeziehen (wie Volkswagen in Wolfsburg, Nokia in Helsinki, Monte dei Paschi di Siena in der Toskana etc.).

Darüber hinaus wird mit dem Business-Improvement-District-Ansatz (BID)¹⁸ in Deutschland ein Modell diskutiert, bei dem sich lokal gebundene Unternehmen zusammenschließen, um ihren Mikro-Standort ökonomisch zu stabilisieren und aufzuwerten. Neben den üblichen Geschäftsstraßen-Initiativen schließen diese Ansätze auch städtebauliche Gestaltungen des öffentlichen Raumes sowie die allseits bekannten „Sicherheit-Sauberkeit-Service“-Maßnahmen mit ein. Negative Begleiterscheinungen dieser Ansätze sind jedoch sicherlich auch ein „soziales Aufräumen“ und eine zumindest ansatzweise Privatisierung des öffentlichen Raumes Straße.

14 Zusammenfassung

Über soziale Milieus und Lebensstile zu diskutieren hat Konjunktur. Das liegt zum einen an dem offensichtlich ‚wahren Kern‘, denn die traditionellen sozioökonomischen Merkmale sozialer Ungleichheit und die in den amtlichen Statistiken ausschließlich vertretenen Merkmale der soziodemografischen Strukturierung haben einen großen Teil ihrer Erklärungskraft für binnengesellschaftliche Unterschiede der Einstellungen und Verhaltensweisen eingebüßt. Soziale Milieus beschreiben hingegen Wertegemeinschaften, die, auch wenn sie sich soziostrukturell vielseitig zusammensetzen, nicht völlig unabhängig von sozialen und demografischen Kontexten bestehen. Mit den Lebensstilen geht man hingegen auf die Erscheinungsform von Moden, komplexen Handlungsbündeln und Verhaltensmustern ein. Dass diese Kategorien „neuer sozialer Ungleichheiten“ neben Einkommen, Bildung und Haushaltsgröße zunehmend zu Bestimmungsfaktoren der Wohnstandortwahl geworden sind, ist vorerst eine plausible Vermutung, denn bislang wurden solche soziokulturellen Segregations- und Konzentrationsmuster noch nicht nachgewiesen. Hier sollten kommunale Verwaltungen ihren Informationsbedarf überprüfen – erste Ansätze sind für einige deutsche Städte in der Zusammenarbeit mit dem vhw zu sehen.

Ein weiterer Grund für die Konjunktur von Milieu- und Lebensstil-Ansätzen liegt in der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“, die auch die Wissenschaft bestimmt, d.h. nachdem die Konsum- und Wahlforschung diese Kategorien entdeckt und Hradil (1987) sie in seiner Habilitation wissenschaftlich „geadelt“ hatte, gilt es als Standard, diese Begriffe zu verwenden. Die Angebote für Milieu- und Lebensstil-Systeme seitens der Wissenschaft sind methodisch bedingt sehr vielfältig und tragen daher häufig zur Verunsicherung resp. zur Beliebigkeit der begrifflichen Verwendung bei (vgl. Blasius 1994). Da die theoretische Fundierung vorerst noch vage ist (Ausnahmen bilden Bourdieu und die Hannoveraner Forschungsgruppe agis) oder häufig auf Theorie ganz verzichtet wird, indem ein faktori-

¹⁸ Ein erstes BID-Modell in Deutschland wurde im Frühjahr 2005 in Hamburg-Bergedorf eingeführt, nachdem das Bundesland Hamburg als erstes die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen hatte.

analytischer Ansatz gewählt wird,¹⁹ ist hier noch eine Menge sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsforschung notwendig.

Darüber hinaus sollte die Ungleichheitsforschung der Verteilung sozialer Gruppen im Raum eine stärkere Aufmerksamkeit widmen, denn die Muster der Wohnstandorte in großstädtischen Agglomerationen sind mehr als nur die Spiegelung der unterschiedlichen Ressourcen und Constraints sowie der unterschiedlichen Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft – also nicht nur Indikator, wie es die klassische Chicagoer Schule der Humanökologie ansah (vgl. Bourdieu 1991; Dangschat 1996). Benachteiligende Wohn- und Wohnumfeldsituationen sind nicht nur Ausdruck der sozialen Lage, sondern sie verschärfen die Ungleichheitsstrukturen zusätzlich (darauf haben Alisch, Dangschat 1983, 1998 ebenso wie Häußermann, Siebel 2002 hingewiesen).

Bei der (modischen) Befassung mit kulturellen Mustern (soziale Milieus) und den Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit (Lebensstile) darf in Gesellschaftsanalysen jedoch nicht übersehen werden, dass auch die traditionellen sozioökonomischen Unterschiede innerhalb moderner Gesellschaften wieder zunehmen. Auch wenn sie neue Formen annehmen, sollten sich Sozialwissenschaftler/innen nicht dazu verleiten lassen, dies alles als „individuell bestimmt“ anzusehen.

Diese akademischen Diskussionsfelder berühren vorerst die der Kommunalpolitiker/innen sowie der Stadt- und Regionalplaner/innen nur am Rande. Das Problem der Berufsgruppen, welche wesentlich die Rahmenbedingungen der Siedlungsformen setzen und damit die Möglichkeiten von (Stadt-)Gesellschaften beeinflussen, sich im Raum zu organisieren, ist ein noch grundlegendes, denn die amtlichen Statistiken, auf die sie üblicherweise zurückgreifen, geben keinen Hinweis auf die aktuellen soziokulturellen Ausdifferenzierungen und kaum einen auf die neuerlichen Zunahmen sozioökonomischer Ungleichheit. Das Denken und Handeln in den traditionellen Kategorien von Sozialpolitik oder Förderschienen (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, junge Familien, Zuwanderer/innen etc.) verstellt den Blick darauf, welch dichter Nebel sich um die aktuellen Tendenzen gesellschaftlicher Aus-, Um- und Neu-Strukturierung gelegt hat.

Vor diesem Hintergrund gibt es jedoch Eindeutigkeiten im normativen Feld der Bewertung der räumlichen Konzentration von solchen Personengruppen, die als „problematisch“ angesehen werden und deren Konzentration an wenigen Orten Sorge bereitet (zusätzliche Benachteiligung?). Aber auch hier kann die Sozialwissenschaft gegenwärtig keine eindeutigen Antworten oder Empfehlungen an die Praxis liefern, denn die Einschätzung, ob der sozial-räumliche Kontext bedeutsam ist und wie, ist umstritten. Überspitzt formuliert: Die unterschiedlichen methodischen und theoretischen Zugangsweisen erzeugen unter Umständen mehr Varianz als die Umstände selbst. Trotz dieser gewissen Unsicherheit in diesen unübersichtlichen gesellschaftlichen Situationen erscheint uns der Ansatz, bei dem die zwischen strukturellen Merkmalen (Sozialstruktur, Wohnbaustruktur, Infrastruktur, ökonomische Struktur etc.) und möglicherweise abweichenden Verhaltensweisen ver-

¹⁹ Diese Einschätzung bedeutet, dass sich die Autoren der Arbeitsgruppe von empirizistischen „Theorien“ eher distanzieren, die aus statistischen Zusammenhängen beliebiger Merkmalskombinationen gewonnen werden, auch wenn sich die Faktor- resp. Clusterstrukturen als durchaus stabil erweisen können.

mittelnden kollektiven, an den Ort gebundenen Kulturen im Mittelpunkt stehen („Habitus des Ortes“) erfolgversprechender als die traditionelle Zugangsweise der Analyse von statistischen Korrelationen von Strukturmerkmalen.

Diese Zugangsweise entspricht zudem einem Shift in der Wissenschaft, sich stärker auf die Prozesse selbst einzulassen, sie zu analysieren und möglicherweise im Rahmen eines transdisziplinären Ansatzes auch zu beeinflussen. Dieses berührt auch das Wechselverhältnis von Sozialwissenschaften auf der einen und Kommunalpolitik sowie Stadt- und Regionalplanung auf der anderen Seite.

Die Ausdifferenzierung der Lebensstile wird gegenwärtig insbesondere unter der Sichtweise der „neuen Lebensstile“ resp. der „Kreativ-Milieus“ wahrgenommen. Auch dies geschieht vor allem – ebenso wie bei der Armutsdebatte – aufgrund ihrer Konzentration in bestimmten Quartieren, was dazu führt, dass sie als Szene wahrgenommen werden. Diese neuen Lebensstile entwickeln sich meist um neue Formen der Dienstleistungsarbeit, die neue Raum- und Zeitznutzungsstrukturen nach sich zieht. Diese „Kreativ-Szenen“ sind in vielerlei Hinsicht interessant: Sie bringen eine neue Attraktivität in ökonomisch und sozial bislang eher abgewertete Standorte (von verlassenen Fabrikgebäuden und Gewerbebetrieben bis zu ganzen Stadtteilen der ehemaligen Arbeiterkulturen), was sich ökonomisch („creative industries“, „start ups“) und sozial („vibrant quarters“, sozial-integrativ) positiv auswirken kann und zudem eine neue Attraktivität für Tourismus, Gastronomie und Unterhaltung liefert. Soziologisch sind diese neuen Gruppierungen bislang noch wenig erforscht – es ist jedoch denkbar, dass sich in deren Formen der Vergemeinschaftung neue soziale Schließungsprozesse abzeichnen.

Literatur

- Aehnel, R.; Häussermann, H.; Jaedicke, W.; Kahl, M.; Toepel, K. (2004): Zwischenevaluierung des Bundesländer-Programms „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Endbericht. Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) GmbH. Berlin.
- Alisch, M.; Dangschat, J. S. (1983): Die Solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt.
- Alisch, M.; Dangschat, J. S. (1989): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen.
- Alpheis, H. (1990): Erschwert die ethnische Konzentration die Eingliederung? In: Esser, H.; Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beispiele zur Migrationssoziologie. Opladen, S. 147–184.
- Amin, A.; Thrift, N. (eds.) (1995): Globalization, Institutions and Regional Development in Europe. Oxford.
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2000a): Desintegration, Konflikt und Ethisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W.; Anhut (Hrsg.) 2000, S. 17–75.
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2000b): Bedrohte Stadtgesellschaft. Diskussion von Forschungsergebnissen. In: Heitmeyer, W.; Anhut, R. (Hrsg.) 2000, S. 551–69.
- Arnstein, S. R. (1969): The Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the Institute of American Planners, Vol. 35, S. 216–224.

- Atleithner, F.; Hamedinger, A. (2003): The Analysis of Sustainability Indicators as Socially Constructed Policy Instruments: Benefits and Challenges of ‚Interactive Research‘. *Local Environment*, Vol. 8, No. 6, S. 627–640.
- Atkinson, R.; Kintrea, K. (2004): ‚Opportunities and Despair, It’s All in There‘. *Practitioner Experiences and Explanations of Area Effects and Life Chances*. *Sociology*, 38, No. 3, S. 437–455.
- Beck, U. (1985): Die „Individualisierungsdebatte“. In: Schäfers, B. (Hrsg.): *Soziologie in Deutschland*. Opladen, S. 185–198.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- Berger, P.; Vester, M. (Hrsg.) (1998): *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*. *Sozialstrukturanalyse* 11. Opladen.
- Blasius, J. (1994): Empirische Lebensstilforschung. In: Dangschat, J. S.; Blasius, J. (Hrsg.) (1994), S. 237–254.
- Blasius, J.; Dangschat, J. S. (1994): Lebensstile in Städten – zwischen Individualisierung und neuen Klassenkonflikten. In: Dangschat, J. S.; Blasius, J. (Hrsg.) (1994), S. 13–23.
- Bogomil, J. (Hrsg.) (2002): *Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel*. Theoretische und empirische Analysen. Opladen.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2*, S. 183–198.
- Bourdieu, P. (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadträume*. Frankfurt am Main & New York, S. 25–34.
- Brech, J. (2005): Architektonische Gestaltung und soziales Zusammenleben. In: *Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“* (Hrsg.), S. 301–348.
- Breitfuss, A.; Dangschat, J. S.; Frey, O.; Hamedinger, A. (2004): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, der Magistratsabteilungen für Wohnen und Stadtentwicklung. Wien.
- Bryson, R.; Daniels, P. W.; Henry, N.; Pollard, J. (eds.) (2000): *Knowledge, Space, Economy*. London und New York.
- Camagni, R. (1995): The Concept of Innovative Milieu and Its Relevance for Public Policies in European Lagging Regions, *Regional Science*, 4/1995, S. 317–340.
- Camagni, R. (2003): *Regional Clusters, Regional Competencies and Regional Competition*. Mimeo.
- Cars, G.; Healey, P.; Madanipour, A.; De Magelhaes, C. (eds.) (2002): *Urban Governance. Institutional Capacity and Social Milieux*. Aldershot.
- Dangschat, J. S. (1994): Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen. In: Dangschat, J. S.; Blasius, J. (Hrsg.) (1994), S. 335–354.
- Dangschat, J. S. (1995): „Stadt“ als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31–32/95, S. 50–62.
- Dangschat, J. S. (1996): Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen. In: Schwenk, O. G. (Hrsg.): *Lebensstile zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft*. Opladen, S. 83–119.
- Dangschat, J. S. (1998a): Klassenstrukturen im Nach-Fordismus. In: Berger, P. A.; Vester, M. (Hrsg.): *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*. *Sozialstrukturanalyse* 11. Opladen, S. 49–88.
- Dangschat, J. S. (1998b): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mikro-Meso-Makro-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte im städtischen Raum. In: Heitmeyer, W. et al. (Hrsg.) (1998), S. 21–96.
- Dangschat, J. S. (Hrsg.) (1999a): *Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Opladen.

- Dangschat, J. S. (1999b): Nur ein Irrtum? Von der eigenen Überschätzung der Erfinder der „multi-kulturellen Gesellschaft“. In: Honegger, C. et al. (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Opladen, S. 519–538.
- Dangschat, J. S. (2004): Konzentration oder Integration? – Oder: Integration durch Konzentration? In: Kecskes, R.; Wagner, M.; Wolf, C. (Hrsg.): Angewandte Soziologie. Wiesbaden, S. 45–76.
- Dangschat, J. S. (2007a): Wohnquartiere als Ausgangspunkt sozialer Integrationsprozesse. In: Kessel, F.; Otto, H.-U. (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen: Barbara Budrich Verlag. Im Druck.
- Dangschat, J. S. (2007b): Autobahnen ins Glück – der Münchhausen-Effekt der Strategischen Raumplanung. In: Hamedinger, A.; Dangschat, J. S.; Frey, O.; Breitfuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden. Im Druck.
- Dangschat, J. S.; Gruber, S., Gstöttner, S.; Witthöft, G.; Breitfuss, A. (2006): Integration im öffentlichen Raum. Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Werkstattbericht, Nr. 82.
- Dangschat, J. S.; Blasius, J. (Hrsg.) (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen.
- Dangschat, J. S.; Dietrich, B. (1999): Regulation, Nach-Fordismus und „global cities“ – Ursachen der Armut. In: Dangschat, J. S. (Hrsg.) (1999a): S. 73–112.
- Deinet, U. (2002): Der qualitative Blick auf Sozialräume als Lebenswelten. In: Deinet, U.; Krisch, R. (Hrsg.) (2002): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Opladen., S. 31–44.
- Deinet, U.; Krisch, R. (2022): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. In: Riege, M.; Schubert, H. (Hrsg.) (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen, S. 133–145.
- Dollase, R.; Bieler, A.; Ridder, A.; Köhnemann, I.; Woitowitz, K. (2000): Nachhall im Klassenzimmer. Zur relativen Unabhängigkeit der schulischen Integration vom Belastungsgrad der städtischen Umgebung. In: Heitmeyer, W.; Anhut, R. (Hrsg.) (2000), S. 199–256.
- Ecarius, J.; Löw, M. (1997): Raum – eine vernachlässigte Dimension erziehungswissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. In: Ecarius, J.; Löw, M. (Hrsg.): Raumbildung – Bildungsräume. Über die Verräumlichung sozialer Prozesse. Opladen, S. 7–12.
- EU (Commission of the European Communities) (2001): European Governance. A White Paper, COM 428 final.
- Farwick, A. (2001): Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen.
- Feldtkeller, A. (Hrsg.) (2001): Städtebau: Vielfalt und Integration. Neue Konzepte für den Umgang mit Stadtbrachen. Stuttgart & München.
- Friedrich, M. (1999): Die räumliche Dimension städtischer Armut. In: Dangschat, J. S. (Hrsg.) (1999a): S. 263–288.
- Friedrichs, J. (Hrsg.) (1988): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29/1988 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.
- Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen.
- Friedrichs, J.; Blasius, J. (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen.
- Geissler, R. (1994): Die pluralisierte Schichtstruktur der modernen Gesellschaft: Zur aktuellen Bedeutung des Schichtbegriffs. In: Geissler, R. (Hrsg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart, S. 6–36.
- Giddens, A. (1996): Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main, S. 113–194.
- Greiffenhagen, S.; Neller, K. (Hrsg.) (2004): Praxis ohne Theorie? Wiesbaden.
- Häussermann, H. (1995): Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. Berliner Journal für Soziologie 5/1, S. 89–98.

- Häussermann, H. (1997): Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse? *Leviathan* 25, Heft 1, S. 12–27.
- Häussermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass“? In: Heitmeyer, W. et al. (Hrsg.), S. 145–175.
- Häussermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10–11/2000, 13–21.
- Häussermann, H.; Siebel, W. (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main.
- Häussermann, H.; Siebel, W. (1990): Bausteine zu einem Szenario zur Entwicklung von Berlin. Sozialräumliche Struktur und Steuerung des Wachstums. Mimeo.
- Häussermann, H.; Siebel, W. (2002): Die Mühen der Differenzierung. In: Löw, M. (Hrsg.) (2002): *Differenzierungen des Städtischen*. Opladen, S. 29–67.
- Hamedinger, A. (2004): Integrierte Stadterneuerungsstrategien in England und Deutschland. In: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*, Heft 17, S. 14–18.
- Hamm, B. (1984): Aktuelle Probleme sozialökologischer Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36, S. 277–292.
- Hanesch, W.; Krüger-Conrad, K. (Hrsg.) (2004): *Lokale Beschäftigung und Ökonomie – Herausforderung für die „Soziale Stadt“*. Wiesbaden.
- Healey, P. (1997): *Collaborative Planning – Shaping Places in Fragmented Societies*. Basingstoke.
- Healey, P. (1998): Planning through Debate: The Communicative Turn in Planning Theory. In: Campbell, S.; Fainstein, S. (eds.): *Readings in Planning Theory*. Oxford, S. 234–257.
- Heitmeyer, W. (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihren Konfliktlagen. In: Heitmeyer et al. (Hrsg.) (1998), S. 443–468.
- Heitmeyer, W.; Anhut, R. (Hrsg.) (2000): *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim & München.
- Heitmeyer, W.; Dollase, R.; Backes, O. (Hrsg.) (1998): *Die Krise der Städte*. Frankfurt am Main.
- Helbrecht, I. (1997): Stadt und Lebensstil. Von der Sozialraumanalyse zur Kulturraumanalyse? In: *Die Erde* 128: 3–16.
- Henckel, D.; Eberling, M. (Hrsg.) (2002): *Raumzeitpolitik*. Opladen.
- Hradil, S. (1987): *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. Opladen.
- Hradil, S. (1990): Postmoderne Sozialstruktur? Zur empirischen Relevanz einer „modernen“ Theorie sozialen Wandels. In: Berger, P.; Hradil, S. (Hrsg.) 1990: *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7*: 125–150.
- Hradil, S. (1992): Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In: Hradil, S. (Hrsg.): *Zwischen Bewusstsein Und Sein. Die Vermittlung „Objektiver“ Lebensbedingungen Und „Subjektiver“ Lebensweisen*. Opladen, S. 15–55.
- Keim, D. (2003): Zur Notwendigkeit kreativer Arbeitsformen bei der Stadtentwicklung in Ostdeutschland. In: Liebmann, H.; Robischon, T. (Hrsg.) (2003a), S. 14–25.
- Klocke, A. (1993): *Sozialer Wandel, Sozialstruktur und Lebensstile in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main.
- Konietzka, D. (1995): *Lebensstile im sozialstrukturellen Kontext. Zur Analyse soziokultureller Ungleichheiten*. Opladen.
- Kronauer, M. (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. *Leviathan* 25, Heft 1, S. 28–49.
- Kronauer, M. (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main und New York.

- Krummacher, M.; Kulbach, R.; Waltz, V.; Wohlfahrt, N. (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen.
- Läpple, D. (1992): Essay über den Raum. In: Häussermann, H.; Ipsen, D.; Krämer-Badoni, T.; Läpple, D.; Rodenstein, M.; Siebel, W. (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, S. 157–207, 2. Aufl.
- Läpple, D. (2000a): Ökonomie der Stadt. In: Häussermann, H. (Hrsg.): Großstadt – Soziologische Stichworte. Opladen, S. 194–208.
- Läpple, D. (2000b): Städte im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Entwicklungsdynamik. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hrsg.): Lokale sozioökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund, S. 19–41.
- Läpple, D. (2004): Entwicklungsperspektiven von Stadtregionen und ihrer lokalen Ökonomien. In: Hanesch, W.; Krüger-Conrad, K. (Hrsg.); S. 95–117.
- Läpple, D. (2005a): Lokale Ökonomie. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 616–619.
- Läpple, D. (2005b): Phönix aus der Asche: Die Neuerfindung der Stadt. In: Löw, M.; Berking, H. (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Städte. Soziale Welt, Sonderband 22. Im Druck.
- Landry, C. (2000): The Creative City. A Toolkit for Urban Innovators. Chicago.
- Lange, B. (2005): Landscapes of Scenes. Socio-Spatial Strategies of ‚Culturepreneurs‘ in Berlin. In: Terkenli, T. S.; D’hautesserre, A. M. (eds.): Landscapes of a New Cultural Economy of Space. Dordrecht.
- Liebmann, H.; Robischon, T. (Hrsg.) (2003a): Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau. Erchner & Darmstadt.
- Liebmann, H.; Robischon, T. (2003b): Was ist städtische Kreativität? Zehn Thesen. In: Liebmann, H.; Robischon, T. (Hrsg.) (2003a), S. 51–59.
- Löw, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main.
- Madanipour, A. (2005): Public Space and Social Integration. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.), S. 349–382.
- Manske, A. (2005): Prekarität auf hohem Niveau. Unveröff. Dissertation, Humboldt Universität, Berlin.
- Matthiesen, U. (2003): Dimensionen der Raumentwicklung in der Perspektive einer strukturalen Hermeneutik. In: Krämer-Badoni, T.; Kuhm, K. (eds.): Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie. Opladen, S. 251–274.
- Matthiesen, U. (Hrsg.) (2004): Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden.
- Noller, P. (1999): Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raumes. Opladen.
- Parkinson, M. (1998): Combating Social Exclusion. Lessons from Area-based Programmes in Europe. Bristol.
- Pongs, A. (1999a): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Band I. München.
- Pongs, A. (1999b): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Band II. München.
- Pratt, A. C. (2002): Hot Jobs in Cool Places. The Material Cultures of New Media Product Spaces: The Case of South of the Market, San Francisco, Information, Communication, Society 5, No. 1, S. 27–50.
- Reason, P.; Bradbury, H. (eds.) (2001): Handbook of Action Research. Participative Inquiry and Practise. London u. a.
- Richter, R. (Hrsg.) (1994): Sinnbasteln. Beiträge zur Soziologie der Lebensstile. Wien u. a.
- Riege, M.; Schubert, H. (Hrsg.) (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen.

- Rink, D. (2002): Lebensweise, Lebensstile und Lebensführung. Soziologische Konzepte zur Untersuchung von nachhaltigem Leben. In: Rink, D. (Hrsg.): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale. Opladen, S. 27–52.
- Rohland, P.; Hallenberg, B. (2004): Auf dem Weg zu einer nachfrageorientierten Verbandspolitik des vhw. In: vhw Forum Wohneigentum, 4/2004, S. 170–175.
- Schneider, N.; Spellerberg, A. (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen.
- Schönwandt, W. L. (2000): Grundriss einer Planungstheorie der „dritten Generation“. In: Voigt, A.; Walchhofer, H. P. (Hrsg.): Schriftenreihe des Instituts für Örtliche Raumplanung, TU Wien, Band 3. Wien, S. 3–31.
- Schönwandt, W. L. (2002): Planung in der Krise? Theoretische Orientierungen für Architektur, Stadt- und Raumplanung. Stuttgart.
- Schur, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. Politische Geographien sozialer Quartierentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.
- Selle, K. (Hrsg.) (1996a): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden und Praxiserfahrungen. Wiesbaden.
- Selle, K. (1996b): Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung. In: Selle, K. (Hrsg.) 1996a, S. 61–78.
- Selle, K. (1996c): Klärungsbedarf. Sechs Fragen zur Kommunikation in Planungsprozessen – insbesondere zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In: Selle, K. (Hrsg.) (1996a), S. 161–180.
- Selle, K. (1997): Kooperation im intermediären Bereich – Planung zwischen Commodifizierung und zivilgesellschaftlicher Transformation. In: Schmals, K.; Heinelt, H. (Hrsg.): Zivile Gesellschaft – Entwicklung – Defizite – Potentiale. Opladen, S. 29–58.
- Siebel, W. (1997a): Armut oder Ausgrenzung? Leviathan 25, Heft 1, S. 67–75.
- Siebel, W. (1997b): Die Stadt und die Zuwanderer. In: Häussermann, H.; Oswald, I. (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan Sonderheft 17, S. 30–41.
- Siebel, W. (2005): Objektive und subjektive Faktoren der Integration resp. der Ausgrenzung von Migranten im biologischen Verlauf. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.), S. 149–174.
- Sinus Sociovision (2003): Die Sinus-Milieus 2003. Heidelberg.
- Sinning, H. (2003): Kommunikative Planung. Leistungsfähigkeit und Grenzen am Beispiel nachhaltiger Freiraumpolitik in Stadtregionen. Opladen.
- Spellerberg, A. (2004): Bevorzugte Quartiere von Lebensstilgruppen. vhw Forum Wohneigentum, 1/2004, S. 11–15.
- Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung) (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt.
- Vester, M.; Oertzen, P. von; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main.
- Walther, U.-J. (Hrsg.) (2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen.
- Walther, U.-J.; Mensch, K. (Hrsg.) (2004): Armut und Ausgrenzung von der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt.